

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 63

SEPTEMBER/OKTOBER 1989

DM 1,-

Bürgerkrieg droht im Baltikum

Nachstehend drucken wir in Auszügen die Erklärung des Zentralkomitees der KPdSU vom 27. August ab, die auf Deutsch von der sowjetischen Presseagentur Nowosti herausgegeben wurde.

Diese Worte sind so, wie sie hier stehen, fair und sogar oft wahr. Aber sie kommen von einer Institution, die seit den 20er Jahren die Sowjetunion mit reinsten Lügen überflutet hat – zuerst durch das Regime des berüchtigten Stalin und weiter durch seine Nachfolger in der Bürokratie, deren Architekt er war.

Gezwungenermaßen neigt die sowjetische Bevölkerung heute dazu, nichts von dem zu glauben, was die sowjetische Regierung veröffentlicht. So glauben sie überhaupt nicht, daß es in Westdeutschland Armut, klassenmäßig eingeschränkte medizinische Versorgung, massive Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Rassismus und eine gefährliche und wachsende faschistische Bewegung gibt. Sie wissen nicht, daß die kleine Anzahl derer, die die bestialische

und arrogante westdeutsche herrschende Klasse ausmachen, mit einem ungeheuren Reichtum protzt, der jeden sowjetischen Bürokraten in den Schatten stellt.

Gegen die abschätzigste Bedeutung, die die Erklärung den Worten „ausländischen Organisationen“ gibt, muß Einspruch erhoben werden. Manche „ausländische Organisationen“ sind entschlossene militärische Verteidiger der Sowjetunion; andere sind imperialistische Spione. Die Bürokratie will von diesem Unterschied nichts wissen.

Die Erklärung des ZK der KPdSU verschweigt außerdem das entscheidende Element, auf dem Lenin beharrt hatte, nämlich daß allen Nationen, die keine konterrevolutionäre soziale Umwälzung zum Ziel haben, das Recht zugesprochen wurde, sich administrativ von der übrigen Sowjetunion abzutrennen. Dieses Recht wurde bei der Gründung der UdSSR in der Verfassung verankert.

Unter dem Deckmantel der nationalen

Abtrennung wollen die nationalistischen Unabhängigkeitsbewegungen in den Ostseerepubliken nicht bloß Abtrennung bei vollem Schutz aller Völker innerhalb dieser Grenzen. Sondern ihr Ziel ist eine bestialische kapitalistische Restauration, bei der eine neue und ethnisch

reine herrschende Klasse hervorgebracht werden würde, sowie die Erniedrigung oder Vertreibung aller anderen sowjetischen Völker.

In diesem Rahmen muß dieses in vielen Punkten präzise Dokument des sowjetischen Zentralkomitees gesehen werden.

Erklärung des ZK der KPdSU

Die Lage, die sich in den sowjetischen Ostseerepubliken herausgebildet hat, ruft immer größere Besorgnis hervor. Die Entwicklung in dieser Region berührt die ureigenen Interessen des ganzen sowjetischen Volkes, unseres ganzen sozialistischen Vaterlandes.

Die Perestroika ist zu einem guten Nährboden für das schnelle Wachstum des nationalen Bewußtseins der Völker geworden. Sie hat ihnen die Zuversicht gegeben, daß sie die

Probleme ihres politischen, sozialökonomischen und kulturellen Lebens selbst lösen können.

Die Ostseerepubliken haben sich aktiv in die Prozesse der tiefgreifenden Veränderungen eingeschaltet. Die Arbeitskollektive sind in Bewegung geraten. Aktiviert haben sich die intellektuellen Kräfte aller Schichten der Gesellschaft.

Aber Demokratie und Offenheit wurden
Fortgesetzt auf Seite 9

Stalinisten knien vor konterrevolutionärer Solidarność

Polen am Rande des Abgrunds



Breit und Rau, imperialistische Geldboten, lachen mit Knecht Walesa, aber Geldsack ist leer. Papst Wojtyla steuert Solidarność' Konterrevolution



Burnett/Contact

Am 24. August machte das polnische Parlament, der Sejm, einen offenen Konterrevolutionär zum Ministerpräsidenten. Der neue Premier, Tadeusz Mazowiecki, ist ein langjähriger führender katholischer Politiker und enger Berater des Solidarność-Führers Lech Walesa. Die schnell aufeinanderfolgenden Ereignisse in Warschau kündigen den Anfang einer unheilbaren Krise für die stalinistische bürokratische Herrschaft in Polen an. Doch die Ankündigungen vom „Tod des Kommunismus“ sind voreilig, und eine erfolgreiche Konterrevolution wäre alles andere als friedlich.

Was in Warschau passiert, wird bereits direkt aus Rom vom polnischen Papst gelenkt. Der Kolumnist Anthony Lewis enthüllte (*New York Times*, 24. August): „Diesen Sommer waren Herr Geremek (Fraktionsvorsitzender von Solidarność im Parlament) und ein weiterer führender intellektueller Berater der Solidarność, Adam Michnik, still und

heimlich von Papst Johannes Paul II. auf seine Sommerresidenz bei Castel Gandolfo eingeladen“, dort wurden die verwickelten Schritte der polnischen parlamentarischen Polonaise ausgearbeitet. Der neue Ministerpräsident Mazowiecki beschrieb seine Politik in einem Interview mit *Iswestija* (24. August): „Einfach ausgedrückt, bin ich ein Christ, ein Katholik, der die Soziallehren der katholischen Kirche befolgt, die auf den Anweisungen von Papst Johannes Paul II. beruhen.“ Bei seiner Amtsübernahme führte Mazowiecki ein Telefongespräch mit dem Papst,

um seine „Anweisungen“ zu bekommen. Viele Menschen, nicht nur polnische Stalinisten, finden vielleicht das Leben in einem polnischen zeitgenössischen Vatikanstaat nicht nach ihrem Geschmack.

Vor acht Jahren, als wir Solidarność eine „gelbe ‚Gewerkschaft‘ im Dienst von CIA und Bankiers“ nannten und forderten: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!“, stand die internationale Spartacist Tendenz auf der Linken praktisch allein. Kaum kriegt jetzt die Solidarność die Zügel der Regierung in die Hand, schon bestätigt

sie unverhohlen, daß auf ihrer Tagesordnung die kapitalistische Restauration steht. In einem Interview mit der italienischen Zeitung *Il Messaggero* (22. August) sagte Lech Walesa, die neue Regierung habe vor, Polen auf dem Weg „von einem System kommunistischer Besitzverhältnisse zum Kapitalismus“ hinter sich herzuführen. „Keiner hat bisher den Weg beschritten, der vom Sozialismus zum Kapitalismus führt“, sagte er. „Doch genau das haben wir vor; nachdem wir durch eine lange Periode des Sozialismus gegangen sind, machen wir uns daran, zur Situation vor dem Krieg zurückzukehren, als Polen ein kapitalistisches Land war.“ Ihre Pläne sehen eine „Schockbehandlung“ vor, die derjenigen Konkurrenz macht, die Pinochet nach seinem blutigen Coup von 1978 Chile verpaßt hat.

Die ersten Opfer wären die polnischen Arbeiter, die für die brutale Austerität – dik-
Fortgesetzt auf Seite 9

Arbeiter streiken gegen IWF-Austerität

Rettet Mumia Abu-Jamal!

In Einzelhaft im Staatsgefängnis von Huntingdon, Pennsylvania/USA, ist ein junger schwarzer Mann vom Tod durch den elektrischen Stuhl bedroht. Mumia Abu-Jamal ist ein politischer Gefangener, weil er sich der rassistischen, kapitalistischen Ordnung widersetzt hat. Mumia soll vernichtet werden, da er der Generation schwarzer Jugendlicher angehört, die in den Kämpfen der 60er Jahre radikalisiert wurde, die durch die Black Panther Party ging und die noch heute gegen das rassistische System, das Mumia umzubringen versucht, Widerstand leistet (siehe „Mu-



Kein Bildnachweis

Mumia Abu-Jamal und Sohn. Dieser schwarze Journalist – „Stimme der Entrechteten“ – sitzt in der Todeszelle

mia Abu-Jamal spricht aus der Todeszelle“, *Spartakist* Nr. 60, Februar/März).

Der Todesschuß auf unbewaffnete „Verdächtige“, rabiate Überfälle auf die Black Panther Party und vor allem am 13. Mai 1985 das grauenhafte Bombardement des MOVE-Hauses auf Anordnung des schwarzen demokratischen Bürgermeisters Wilson Goode: all dies hat Philadelphias Polizei zum Synonym für den entfesselten rassistischen Staatsterror gemacht. Der Bombenangriff auf MOVE verwüstete eine schwarze Nachbarschaft und tötete elf Menschen, darunter fünf Kinder.

1970, auf dem Höhepunkt von COINTELPRO (dem nationalen staatlichen Terrorfeldzug, dem 38 Black Panthers zum Opfer fielen), war Mumia Kader der Black Panther Party in Philadelphia. 12 Jahre später zitierte der Staatsanwalt aus Erklärungen, die er damals gemacht haben soll. Die Losungen der Black Panther, „Power to the People“ und: „Die politische Macht kommt aus dem Gewehrlauf“, sprachen dem bürgerlichen Staat das „Recht“ ab, die Schwarzen, Armen und alle Minderheiten der Städte unter dem Stiefel des Bullenterrors zu halten. Mehr brauchte der Staat nicht, um zu „beweisen“, daß Mumia auf legalem Weg ermordet wer-

den müsse.

Der Gerichtsprozeß war durchsetzt von politischem Rassismus: Dem Angeklagten wird ein Zwangsverteidiger verpaßt und die Möglichkeit genommen, eine ordentliche Verteidigung vorzubereiten; schwarze Geschworene werden abgelehnt; Abu-Jamals Zeuge wird als „Freund von Polizistenmördern“ verleumdet.

Wie Geronimo Pratt, Rubin Carter und zahllose andere schwarze Aktivisten, die umgebracht wurden oder im Knast sitzen, ist Mumia ein Symbol für schwarze Rebellion gegen das höllische Leben im Schwarzengetto – für den Staat „gefährlich“. Der Staatsanwalt begründete die Todesstrafe: „Darum geht es: Recht und Ordnung.“

Nicht zufällig sind die USA und Südafrika zwei der wenigen Industriemächte, die an der Todesstrafe festhalten – dem Erbe der Rassenunterjochung, die ganzen Völkern elementare Menschenrechte verweigerte und sie zu Sklaven erniedrigte. Heute ist in den USA jeder zweite Mensch in der Todeszelle schwarz oder hispanisch, *viertel* so viel wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Die Todesstrafe ist institutionalisierter rassistischer Mord.

Die Todeszelle ist der Käfig, in dem diejenigen vorübergehend gehalten werden, die umgebracht werden. Der Staatsanwalt erzählte den Geschworenen, Mumia werde niemals sterben – Mumia hätte „Berufung auf Berufung“. Doch nach dem Obersten Gerichtshof der USA dürfen Hinrichtungen durchgeführt werden, bevor alle legalen Berufungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Mumias Berufung wurde am 6. März vom Obersten Gerichtshof Pennsylvanias abgelehnt.

Mumia wird unter Bedingungen von „disziplinarischer Hochsicherheit“ gehalten: Handschellen und Ledergeschirr, immer wenn er seine Zelle verläßt; kein Fernsehen oder Radio, keine Telefonanrufe; keine Bücher außer religiösen oder juristischen.

Mumias Kampf um sein Leben muß unser Kampf gegen die Todesstrafe sein und in immer breitere Kreise getragen werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Staat den Schalter des elektrischen Stuhls betätigt. Unsere Stimme und unser Protest zählt, neben der rechtlichen Verteidigung. Wenn wir

helfen können, das Leben dieses mutigen Mannes zu retten, dann helfen wir allen, die ihren Henkern gegenüberstehen. Rettet Mumia Abu-Jamal! Weg mit der Todesstrafe!

Governor Robert Casey
Main Capitol Building, Room 225
Harrisburg, PA 17120

Governor Casey!
Wir sagen: Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Die Todesstrafe ist barbarisch und ein Verbrechen gegen Gerechtigkeit und Anständigkeit.

Mumia Abu-Jamal ist bedroht von der Todesstrafe wegen seiner politischen Aktivitäten und Überzeugungen. Mumia Abu-Jamal war Informationsminister bei der Ortsgruppe Philadelphia der Black Panther Party. Er wurde zum bekannten und angesehenen Journalisten, Vorsitzender der Ortsgruppe Philadelphia der Association of Black Journalists (Vereinigung schwarzer Journalisten). Jamal war in der Stadt Philadelphia allgemein bekannt als energischer Unterstützer der MOVE-Organisation. 1982 wurde er fälschlich angeklagt, einen Polizisten in Philadelphia getötet zu haben. Mumia Abu-Jamal wurde für seine politischen Aktivitäten und Überzeugungen zum Tode verurteilt, besonders für Erklärungen, die er 12 Jahre vorher als Mitglied der Black Panther Party gemacht hat.

Jamals Berufung – bei der die National Conference of Black Lawyers (Nationale Konferenz schwarzer Rechtsanwälte) und die American Civil Liberties Union (Amerikanischer Bürgerrechtsverein) unabhängige Plädoyers einreichten, die sich gegen die Todesstrafe wenden – wurde vor kurzem vom Obersten Gerichtshof des Bundesstaats Pennsylvania abgelehnt. Damit mißachtete dieser Gerichtshof seine eigene bisherige Vorgehensweise, finster entschlossen, durch Hinrichtung den Mann zum Schweigen zu bringen, der bekannt ist als die „Stimme der Entrechteten“.

Wir verlangen, daß Sie den legalen Mord an diesem mutigen Fürsprecher für die Rechte von Schwarzen und armen Menschen nicht zulassen. Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

Diesen Protest bitte unterschrieben zurück-schicken an:
PDC, Box 99, Canal Street Station, New York, NY 10013, USA

Türkei: Freiheit für alle Opfer des reaktionären Staatsterrors!

Das KfsV schickte einen scharfen Protest an die türkische Botschaft gegen die sieben Todesurteile in dem abgeschlossenen „Dev-Yol-Prozeß“. Von den 723 Menschen, die vor Gericht standen, wurden sieben zum Tode verurteilt, außerdem erhielten 39 „lebenslänglich“ in den türkischen Folterkammern, und weitere 346 bekamen Haftstrafen zwischen zwei und 20 Jahren. Gegen sieben, die von der Hand ihrer Folterer gestorben waren, hatte das Gericht die Anklage „eingestellt“!

Der „Dev-Yol-Prozeß“ war nur einer in einer ganzen Reihe von Massenprozessen gegen Linke und Arbeiter und Massenmorden an Kurden, die auf den NATO-gestützten Militärputsch 1980 folgten. Einer der spektakulärsten war der acht Jahre dauernde Prozeß gegen fast die gesamte Bevölkerung der Stadt Fatsa im Osten der Türkei, der letzten Sommer beendet wurde. Der Militärgerichtshof verurteilte acht Menschen zum Tode, 14 zu „lebenslänglich“ und weitere 313 zu Haftstrafen zwischen einem und 20 Jahren. Die Zerstörung von Fatsa erinnert an die Auslöschung der tschechischen Stadt Lidice durch die Nazis 1942 – alle männlichen Einwohner wurden hingerichtet, als Rache für das erfolgreiche Attentat auf Reinhard Heydrich, den Architekten der „Endlösung“ für die europäischen Juden.

Seit dem Putsch sind eine halbe Million Menschen eingesperrt worden. Der Gewerkschaftsverband DISK wurde verboten und viele seiner Führer inhaftiert. Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu, Führer der Türkischen Kommunistischen Partei, sind nach wochenlangem Folter und zweijähriger Haft heute noch im Gefängnis, ohne Gerichtsverhandlung, und ihnen droht die Todesstrafe für „kommunistische Propaganda“ und „Bildung einer illegalen Organisation“.

Aber die kämpferische türkische/kurdische Arbeiterklasse schlägt weiterhin zurück, Streiks fegen durch das Land. Arbeiter in der ganzen Welt müssen allen verhafteten Linken und Gewerkschaftern zu Hilfe eilen. Nieder mit der Todesstrafe! Freiheit für die Fatsaner! Freiheit für die Angeklagten im „Dev-Yol-Prozeß“! Freiheit für Kutlu, Sargin und alle anderen Opfer des reaktionären Staatsterrors in der Türkei! ■

KfsV gegründet

„Es lebe der Sieg Jalalabads gegen die CIA-Mörderbanden“, erklärte ein Plakat des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) auf einer Demonstration gegen die faschistischen Republikaner am 15. Juli in Westberlin. Westberlin und Westdeutschland sind an der Frontlinie des antisowjetischen Kalten Krieges. Eine wachsende faschistische Bewegung richtet sich gegen den bedeutenden Bevölkerungsteil von Immigranten und Flüchtlingen, die in ihrer Mehrheit aus dem Nahen Osten kommen. Die Kampagne des KfsV, den Opfern unter der Zivilbevölkerung Jalalabads gegen die vom Imperialismus gestützte islamische Reaktion zu helfen, gegen den Schleier und in Verteidigung der afghanischen Frauen, traf bei Arbeitern und Unterdrückten auf weitverbreitete Unterstützung, besonders bei immigrierten Arbeitern und linken politischen Flüchtlingen. Etwa DM 8600 wurden gesammelt.

Die Kampagne war der Anstoß für die Gründung des KfsV, das mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) verbunden ist. Im Rahmen der Jalalabad-Kampagne des KfsV führte die TLD am 6. Mai in Westberlin eine Veranstaltung zu Afghanistan durch. Redner war Genosse Fred Zierenberg, der 1980 an der Universität Frankfurt von afghanischen Reaktionären und fanatisch antisowjetischen Maoisten mit dem Messer überfallen wurde und nur knapp dem Tod entging. Als die gleiche Gruppe afghanischer Mullah-Unterstützer (GUAfS) bei der diesjährigen Mai-Demonstration in Westberlin unsere Genossen bedrohte, wurden sie von einem Einheitsfront-Verteidigungstrupp da-

vongejagt, an dem sich auch Vertreter der IG Metall und der iranischen Tudeh-Partei beteiligten. Der 1. Mai war der Höhepunkt unserer Jalalabad-Kampagne.

Am 15.-17. September nahmen Vertreter des KfsV und des brüderlich verbundenen Comité de défense sociale (Frankreich) am „Festival alternativer und radikaler Medien“ in Amsterdam teil. Zusammen mit AGIPA-Press (Amerika Gegen Informations Presse, Bremen), die eine rege Verteidigungsarbeit für Mumia Abu-Jamal durchführt, hielten

wir eine Veranstaltung zur Verteidigung dieses in der Todeszelle sitzenden schwarzen Kämpfers ab (siehe Bericht auf dieser Seite). Mumias Grüße an das Festival und Live-Beiträge über den Fall wurden von Radiosendern in drei Länder übertragen.

Das KfsV hat geholfen, gegen die Massenverhaftungen von Linken in Argentinien, unter ihnen Führer der Partido Obrero, Protest zu mobilisieren; und wir protestierten gegen die Knebelung und Abschiebung des chilenischen Militanten und Junta-Gegners Sergio Buschmann durch Australien. Wir haben uns aktiv an der Verteidigung von Dr. Horst Theissen beteiligt, der von einem bayerischen Gericht zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er für das Recht auf Abtreibung kämpft. Wir sind auch bei der Verteidigung von Westberliner Antifaschisten aktiv, die von schwerwiegenden Anklagen bedroht sind, weil sie gegen eine Republikaner-Provokation protestierten. Bei einer Schulung der TLD am 1. Juli in Hamburg wurden DM 351 gesammelt für die Familie Ufuk Şahins, des jungen türkischen Metallarbeiters, der in Westberlin von einem Faschisten ermordet wurde.

Zum Vorbild nimmt sich das KfsV die 15jährige Geschichte des PDC, „Fälle und Anliegen zu verteidigen, die im Interesse der gesamten arbeitenden Bevölkerung sind“. Unser Ziel ist es, in der Tradition der Internationalen Roten Hilfe zu stehen und diese Tradition wiederherzustellen, inspiriert von proletarischen Internationalismus des sowjetischen Oktober und von Lenins und Trotzkis Kommunistischer Internationale.

Spendet auf das Konto des KfsV: Werner Brand, KfsV, Konto-Nr. 2501 109 300, Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, BLZ 200 101 11

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Internationale
Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Barbara Köhler, Renate Müller, Jan Norden, Mark Richard, Carola Rosen (Produktion), Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,-
Ausland Seepost DM 15,- Luftpost DM 30,-

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 0173 - 7430

BC Partisan Defense Committee

CLASS-STRUGGLE DEFENSE NOTES

„KfsV gegründet“ ist als Gruß an CSDN
in Nr. 11 (August 1989) abgedruckt.

Inhalt:

- Hilfsfonds Jalalabad für die Opfer unter der Zivilbevölkerung; über DM 84 000 gesammelte Spenden, aufgelistet nach Ländern
- Solidaritätsgrüße der mit dem PDC brüderlich verbundenen Organisationen, inkl. des KfsV

Das PDC ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung; dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga

Mit Deinem Beitrag von US\$5 oder mehr erhältst Du ein Abo von CSDN, für US\$1 die Ausgabe Nr. 11.

Schreib an:
Partisan Defense Committee, P.O. Box 99, Canal St. Sta., New York, NY 10013, USA

Arbeiter- und Immigrantenorganisationen: Stoppt die Republikaner!

WESTBERLIN – Flankiert von der Polizei des „rot“-grünen Senats haben die Republikaner am 8. Juli ihre „Parteitag“-Provokation mitten im Arbeiterbezirk Neukölln durchgeführt. 5000 antifaschistische Demonstranten haben nicht verhindert, daß die Republikaner ihre rassistische Kampagne „Spiel mir das Lied vom Tod“ gegen Immigranten, Frauen, Jugendliche und Gewerkschafter fortsetzen. Ihr „Werbepot“ hat zuletzt durch die kaltblütige Ermordung des türkischen Arbeiters Ufuk Şahin tödliche Frucht getragen (siehe „Rassistischer Mord in Westberlin“, *Spartakist* Nr. 62, Juni/Juli).

Mit einem Offenen Brief vom 4. Juli an Arbeiter- und Immigrantenorganisationen in Westberlin antwortete die Trotzistische Liga Deutschlands auf die Provokation: „Wir brauchen eine Massenmobilisierung von Arbeitern/Immigranten, um die Republikaner am 8. Juli zu stoppen!“ In wenigen Tagen waren 3000 Kopien verteilt. Sie wurden vor allem gern von eingewanderten Arbeitern genommen und von älteren deutschen Arbeitern, die ihre eigene Erfahrung mit dem deutschen Faschismus gemacht hatten. Betriebsräte und Vertrauensleute verteilten diesen Brief ebenfalls. Sie versuchten ihre Gewerkschaften zu mobilisieren, vor allem die machtvolle IG Metall.

Diesmal war die Hoffnung vieler Antifaschisten auf die organisierte Arbeiterbewegung gerichtet. Aber wie kam es dazu, daß diejenigen gestoppt wurden, die das Republikanertreffen verhindern wollten? Illusionen in die Volksfrontpolitik des neuen Senats waren weitverbreitet – trotz der Tatsache, daß fünf Monate lang der SPD/AL-Senat jedes Treffen von Faschisten in der Stadt unter Polizeischutz und mit Terror gegen Gegen-demonstranten ermöglicht hatte.

Grünes Licht für den 8. Juli erhielten die Faschisten von ganz oben. Bürgermeister Momper: „Die Republikaner dürfen nicht ausgegrenzt“ werden. Gleich zu Anfang warnte SPD-Oberbulle Pätzold Gegen-demonstranten vor „Tätlichkeiten“, die „die Polizei in einer ungunstigen Rolle erscheinen lassen könnten“. Sogar ein GEW-Antrag, Lehrern und Schülern am Samstag morgen die Teilnahme an der Demonstration zu erlauben, wurde von Schulsenatorin Sybille Volkholz abgelehnt. Schulfrei in der NATO-Frontstadt gibt es nur, wenn es darum geht, Kriegsverbrechern wie John F. Kennedy oder

TLD-Block bei Protestdemonstration am 20. Mai gegen den rassistischen Mord an Ufuk Şahin



Spartakist

Richard Nixon zuzujubeln.

Der Volksfront ist ihre außerparlamentarische Flanke zu Hilfe geeilt. Von den Kreuzberger Autonomen und behäbigen SEW-Stalinisten im „Bündnis gegen Rassismus/Sexismus und Faschismus“ bis hin zu DGB-Bürokraten kam die Forderung, der Senat möge die Faschisten „verbieten“. Dies ist nur eine Aufforderung an die Bullen, die Bullenpartei zu verbieten. Da erfand die Volksfront der zweiten Mobilisierung ein weiteres Rezept, die Faschisten nicht zu bekämpfen: die Pächter des Schultheiß-Saals an der Hasenheide aufzufordern, den Raum zu kündigen. 56 Jahre nach Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ soll man glauben, die Antwort auf organisierte Nazi-Terroristen sei es, ein Gesetz zu erlassen oder einen Mietvertrag zu brechen!

Zuerst wollten die Bündnis-Makler ein Straßenfest („Currywurst gegen Nazis“?). Dann kam eine weitere Ablenkung: eine Kundgebung – zwei Stunden nach Beginn des „Parteitags“ und kilometerweit davon entfernt, auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände! Auf Gewerkschafts- und Antifaschistentreffen vor dem 8. Juli wurde klar, daß dieses Verwirrspiel nicht zog. Besonders nach dem Mord an Ufuk Şahin gab es den dringenden Wunsch, die Republikaner zu stoppen. Und diese Stimmung war zu stark und zu weitverbreitet, als daß sich Tausende von Arbeitern/Immigranten und Jugendlichen mit leeren Gesten abspeisen ließen. Alles wollte um 8.00 Uhr vor der Hasenheide sein, um die Republikaner zu stoppen.

Der wachsende Druck veranlaßte schließlich sogar die IG-Metall- und DGB-Führung zu intervenieren, um ihre Organisationen zu demobilisieren. So schickte der DGB bloß einen Redner zur Kundgebung, während die

Offener Brief an Arbeiter- und Immigrantenorganisationen

Die faschistischen Republikaner wollen am 8. Juli einen „Parteitag“ abhalten, eine Provokation, um Rassenhaß zu schüren. Sie wollen Deportationen, Polizeistaat, Sklavenarbeit statt Gewerkschaften, sie wollen deutschen Revanchismus, der direkt zu einer neuen antisowjetischen Operation Barbarossa und zum dritten Weltkrieg führt. Nach der Todeslied-Kampagne der Republikaner wurde der junge türkische Metallarbeiter Ufuk Şahin kaltblütig von einem Faschisten ermordet. Şahins letzte Worte waren: „Ich bin ein Mensch, du bist ein Mensch, was soll das also.“ Seine Familie hat ihm sehr viel bedeutet, und es hätte jeder von uns oder einer unserer Angehörigen sein können. Was die Republikaner am 8. Juli stoppen kann, sind die *schweren Bataillone der organisierten Arbeiterbewegung*. Nur die Gewerkschaften, IG Metall, ÖTV, HBV und andere, haben die *soziale Macht*, das zu tun! Tausende von deutschen und eingewanderten Arbeitern, Linken, Jugendlichen, Schwulen, Juden und anderen Minderheiten sollten am 8. Juli um 8.00 Uhr am Schultheiß-Saal in der Hasenheide sein.

IGM auf Distanz ging. Ihre „Unterstützung“: Verständnis für die Kollegen, „die am 8. 7. friedlich durch Kundgebung und Demonstration ihre Absage an alte und neue Faschisten zum Ausdruck bringen werden“ (Presseerklärung der IG Metall, 6. Juli). Das heißt, sie machte *nichts*, um Metallarbeiter zu mobilisieren. Und pünktlich vor dem Republikaner-„Parteitag“ kündigte DGB-Chef Breit an, er denke nicht an DGB-„Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ gegen Republikaner (wie sie gegen *Linke* existieren). Die Bürokraten waren allzu erfolgreich: es gab keine organisierten Gewerkschaftskontingente am 8. Juli. Statt dessen mußten die Demonstranten lange, langweilige Reden über sich ergehen lassen, die *sie* warnten, keine „Provokation“ zu starten, und sich dann in Richtung Gestapo-Gelände abführen lassen.

Drinnen im Schultheiß-Saal schürten die Republikaner Haß und Terror gegen alle, von Immigranten und Juden bis hin zu der Tagespresse. Als ihren Führer wählten sie den soziopathischen Bullen und Gauner Andres wieder. Im Augenblick scheint diese Entscheidung unter manchen Faschisten, die nicht nur gegen ihre Opfer, sondern auch gegeneinander Terror ausüben, Bedauern ausgelöst zu haben. Die Republikaner sind eine ernste Gefahr für uns alle. Die Arbeiterklasse, mit ihrem strategischen Bestandteil an Immigranten, hat die Macht, die Faschisten zu stoppen. Aber um diese Macht einzusetzen, muß sie die Ketten der Volksfrontpolitik von SPD/Grünen zerbrechen.

Es gibt Illusionen, daß SPD/AL im NATO-Frontstadt-Senat die Bullen zügeln und die Faschisten zurückhalten können. Aber seit den Wahlen sind faschistische Terroristen frecher und die Bullen brutaler geworden. Und SPD/AL haben jetzt Zimmermanns Antidemonstrationsgesetze übernommen. Es ist ein gefährlicher Fehler, die kapitalistische Regierung aufzurufen, die Faschisten zu verbieten. Das bedeutet Einsatz der Polizei. Pätzolds Polizei verteidigt die Bullenpartei. Bullen raus aus dem DGB!

Nach den Wahlen im Januar gingen Zehntausende Westberliner Antifaschisten auf die Straße. Diesmal müssen sie Teil einer *Mobilisierung* sein, die auf der *Macht* der organisierten Arbeiterbewegung aufgebaut ist. Wenn die Arbeiterbewegung Hitlers Nazis gestoppt hätte, als sie noch klein waren, hätte es keinen Holocaust gegeben. Handelt, bevor es zu spät ist. Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute müssen ihre Betriebe mobilisieren. Keine neuen Hitler! Kein rassistischer Mord mehr! *Wir brauchen eine Massenmobilisierung von Arbeitern/Immigranten, um die Republikaner am 8. Juli zu stoppen!* ■

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Gegen acht Freunde und Unterstützer der Trotzistischen Liga wird nach einem bewaffneten Überfall durch die Republikaner ermittelt. Die Republikaner griffen am 14. Januar Gäste eines Restaurants im Westberliner Stadtteil Moabit an, in dem früher am Abend die Trotzistische Liga ein antifaschistisches Video gezeigt hatte. Jetzt werden acht der *Opfer* der Republikaner-Provokation mit Anklagen wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Nötigung bis Beleidigung bedroht. Wir rufen alle Gegner des faschistischen Terrors auf, die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren zu fordern und großzügig für die Verteidigungskampagne zu spenden.

Liste der bisherigen Unterstützer

Ich/meine Organisation fordere/fordert die sofortige Einstellung aller aufgrund der Republikaner-Provokation vom 14. Januar eingeleiteten Ermittlungen und Verfahren gegen Antifaschisten!
Antifaschistisches Plenum Saar: Otto Baldur, IGM*, Eckernförde; **Blamu-Jatz-Orchestrion**, Weimar; **Wolfgang Brauer**, Mitglied des Kreisvorstandes der DKP Altona*; **Rolf Burgard**, Hamburg; **Comité de défense sociale (CDDS)**, Frankreich; **CUT-Chile**, Hamburg; **Dr. Peter Degkwitz**, DKP-Bezirksvorstand Hamburg*; **Demokratische Frauenorganisation Irans**, Hamburg; **Ernst Duschinski**, IGM*, VVN-BdA*, Gesellschaft BRD-CCCP*, DKP*, Kiel; **Thomas Ebermann**, Hamburg; **Gertrud Ehrenreich**, SPD-OV-Vorsitzende Ehhndorf*; **Hans-Jürgen Eisermann**, Stellvertreter der OV-Vorsitzender DPG Kiel*; **Gisela Elsner**, Schriftstellerin, München; **Fahimeh Farsaie**, Schriftstellerin, Köln; **Frente Patriótico Manuel Rodriguez**, Hamburg; **Wolfgang Gehrcke**, DKP-Bezirksvorsitzender Hamburg*; **Adrian Geiges**, Journalist, Dortmund; **Hermann L. Gremliza**, Herausgeber Konkret, Hamburg; **Grün-Alternative**

Liste (GAL) Mitgliederversammlung, Hamburg: **Grün-Alternative Liste (GAL) Universität Göttingen;** Zihni Gülsen, DGB-Kreisvorstandsmitglied Flensburg*; **Eric-Holger Hanisch**, IGM*, BR*, VKL Philips GmbH Hamburg*; **Dr. Ludger Heid**, Dozent für deutsch-jüdische Geschichte, Duisburg; **Infobüro für gefangene**, Hamburg; **Info-Büro zum Hungerstreik**, Hamburg; **Kay Iversen**, IGM*, VKL Stock Guss GmbH*, Neumünster; **Hanno Jensen**, IGM-Vertrauensmann*, Süderbrarup; **Kamerun Komitee e.V.**, Hamburg; **Serge Klarsfeld**, Frankreich; **Kollektiv des Buchladen Gegenwind**, Hamburg; **Körösi**, IGM*, BR Sauer*, Neumünster; **Komitee für soziale Verteidigung (Ktsv);** **Marlene Koppe**, Mitglied der Deputation für Bildung der SPD Bremen*; **Ali Kurtuldu**, IGM*, BR Hauni Bergedorf*, Hamburg; **Matthias B. Lauer**, SAG*, SOdZDL*, Neunkirchen; **Gerhard Leo**, Mitglied des Präsidiums des Komitees der Widerstandskämpfer der DDR*; **Lutte Ouvrière**, Frankreich; **Holger Lüttich**, Intern. Sekretariat, Prov. Komitee für eine revolutionäre Jugendinternationale, deutsche Sektion*; **Michael Martensen**, IGM-OJA Hamburg*; **Farzad Narimany**, Komitee gegen den Golfkrieg*, Hamburg; **Willy van Ooyen**, DFU*, Köln; **Peggy Parnass**, Schriftstellerin; **Partisan Defense Committee (PDC)**, USA; **Volker Peters**, IGM*, BR NWBM*, Neumünster; **Klaus Petersen**, DGB*, VKL*, Flensburg; **Kai Reiflin**, Vorsitzender der VVN Altona*; **Angelika Reuter**, VVN*, GEW*, RCU*, Hamburg; **Revolutionär Kommunistische Liga (rkl)**, Österreich; **Günther Rohr**, Ortsbeirat der Grünen in Rodgau 1*; **Werner Schröder**, Geschäftsführender Vorstand VVN-BdA Hamburg*; **Peter Schütt**, Schriftsteller, Hamburg; **SPD Ortsverein Bremen-Mahndorf;** **Sportschau des DTSB der DDR;** **Petra Stengert**, GdED*, Gewerkschaftsangestellte, Neumünster; **Rainer Trampert**, Die Grünen*, ehemaliger Bundesvorstand; **Türkische Sozial Demokraten in Hamburg;** **Luis Tyroller**, GEW*, DKP*, Palästina-Komitee*, Hamburg; **Verein der Menschenrechte in der Türkei**, Ankara; **Siegfried**

Wied, IGM*, BR Sauer-Sundstrand*, Neumünster; **Jean Wolff**, KPF*, Freundschaftsgesellschaft Frankreich-DDR*
WESTBERLINER UNTERSTÜTZER: Alternative Liste (AL); **Andenbuch; Werner T. Angress**, emeritierter amerikanischer Professor; **Antifaschistisches Aktionsbündnis (Moabit);** **Anti Fasist Gençlik** (Antifaschistische Jugend von Halkevi); **AusländerInnenreferat des AstA TU-Berlin; Bildungs- und Aktions-Zentrum Dritte Welt e.V.; Dr. Peter Brandt**, ÖTV*, SB*, Privatdozent für Geschichte und freier Publizist; **Buchladen Prinz Eisenherz; Buchladen am Savignyplatz; Cinti-Union Berlin; Demokratik İşi Birligi** (Demokratischer Arbeiterbund); **Egit**, Demokrat* (kurdische Zeitschrift); **GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus; Necati Gürbaca**, IGM-Gewerkschaftssekretär*; **Gruppe IV. Internationale; Ellis Huber**, Präsident der Ärztekammer Berlin*; **Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V. (IBKA);** **Horst Jäckel; Ismail Kosan**, AL-Ausländerbereich*; **Kurdischer Arbeiterverein (KOMKAR);** **Helmut Kusch**, SEW*; **Moabiter Times**, Stadtteilzeitung; **Mehmet Özkan**, IGM*, BR*; **Pan Am (ÖTV) Vertrauensleute; Partiya Rizgariya Kurdistan Berlin; Alexandra Rossberg**, Hilfsstelle für ehemals rassistisch Verfolgte*; **Schwarze Rose; Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW)**, Kreisorganisation Tiergarten; **Sozialistischer Jugendverband (SJV)**, Tiergarten; **Sozialistischer Schülerbund Berlin; TKP/M-L (Hareketi);** **Dr. Gerburg Treusch-Dieter**, Dozentin; **Türkenzentrum; Verein iranischer Flüchtlinge e.V.;** **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/VdA);** **Brigitte Ziegler**, Betriebsräte- und Vertrauensleutkörperleitung*; **und viele andere mehr**
* Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation
Stand 19. September 1989

Kontakt und Unterschriftenlisten über:
Hamburg (0 40) 33 17 94, Westberlin (0 30) 8 82 39 64
Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit,
c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11

Spendet auf das Konto:
Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank
Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48267

200 Jahre Französische Revolution

Ehrt Philippe Buonarroti und Heinrich Heine

Am 22. Juli führte die Ligue trotzkyste de France in Paris eine Schulung zur Französischen Revolution durch. Unter der Überschrift „In Verteidigung der Französischen Revolution“ ist der erste Teil des Referats von Joseph Seymour, Mitglied des ZK der Spartacist League/U.S., in Workers Vanguard Nr. 484 (1. September)

erschieden. Am Morgen vor der Schulung wurden mit einer Gedenkfeier auf dem Friedhof Montmartre zwei Revolutionäre geehrt, die dort begraben liegen. Wir drucken nachfolgend die Rede des Vertreters der LTF zu Ehren von Philippe Buonarroti und die des Vertreters der TLD zu Ehren von Heinrich Heine ab.

Zuerst möchte ich damit anfangen, die Inschrift vorzulesen, die die Anhänger von Philippe Buonarroti auf seinem Grabstein 1837 anbringen wollten. „Philippe Buonarroti, geboren in Pisa, Toscana, am 11. November 1761, bekam die französische Staatsbürgerschaft durch das Gesetz des Konvents am 27. Mai 1793, starb in Paris am 16. September 1837. „Mein Leben war be-

mit den ehemaligen Robespieristen und Hébertisten zusammentun, die nun die Lehren aus dieser Revolution ziehen, von der sie erwarteten – wie man zu dieser Zeit sagte – das Glück aller, die Emanzipation der Menschheit, die Verwirklichung von Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit, der Prinzipien aus der Aufklärung, die die eigentlichen Prinzipien der Französischen Revolution seit '89 sind. Diese Lehren – die sich durch die gesamte linke jakobinische Tendenz ziehen, die sich um Gracchus Babeuf gruppiert – sind, daß diese höchst befreienden Prinzipien nicht verwirklicht werden können im Rahmen des Privateigentums an Produktionsmitteln. Für die Babouvisten ist es eine Notwendigkeit, zur Verwirklichung insbesondere der Gleichheit, die im Mittelpunkt der Französischen Revolution steht (ich zitiere), „das Privateigentum abzuschaffen“, „eine gemeinsame Verwaltung einzurichten“, „eine Güter- und Arbeitsgemeinschaft“ herzustellen, die eine vorläufige Leitung aufstellen würde, eine vorläufige Diktatur, was wir eine revolutionäre Partei nennen würden. Der Kommunismus Babeufs ist offensichtlich nicht der Kommunismus von Marx. Der Kommunismus von Marx zielt auf eine endlose Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten auf der Basis der Realisierung des Überflusses. Der Kommunismus von Babeuf ist im wesentlichen ein Kommunismus der Verteilung, der die genügsame Gleichheit im Bereich des Konsums zum Ziel hat – aber konnte es anders sein unter den Bedingungen jener Epoche, wo das Kleineigentum vorherrscht, die kleine vorindustrielle handwerkliche oder bäuerliche Produktion, wo die Arbeiterklasse, die wir kennen, nicht existiert. Von diesem Gesichtspunkt aus ist das Programm der Babouvisten utopisch, aber dennoch ein revolutionärer Kommunismus. Im 18. Jahrhundert, sogar im 17. Jahrhundert hat es kommunistische Theorien gegeben, aber diese waren nur utopische Denkmodelle. Mit dem Babouvismus und der Verschwörung der Gleichen ist der Kommunismus in die Geschichte der sozialen und politischen Kämpfe eingetreten. Es ist, wie Marx und Engels schreiben werden, der erste Auftritt einer kommunistischen Partei gewesen, die tatsächlich im Rahmen der bürgerlichen Revolution gehandelt hat.

Ihr wißt, die Verschwörung der Gleichen ist gescheitert. Babeuf und Darthé sind durch die Thermidorianer zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Buonarroti wird mit anderen zusammen deportiert werden. Aber noch eine Tatsache ist weiterhin außergewöhnlich: Buonarroti wird sich in den nächsten etwa 40 Jahren für die universellen revolutionären Prinzipien von '89 schlagen, für das kommunistische Programm und seine Organisation. Als mit dem Kaiserreich und der Restauration der Bourbonen die Reaktion einsetzt und sich verstärkt, kapitulieren fast die gesamten jakobinischen Kader, sogar die Babouvisten, vor dem Bonapartismus. Aber Buonarroti, isoliert und gegen den Strom schwimmend, wird unaufhaltsam Volksgesellschaften und Geheimbünde organisieren, um seine demokratische, revolutionäre und kommunistische Propaganda in ganz Europa zu verbreiten, von seinem Exil aus, sei es in der Schweiz oder in Belgien.

Die meisten der Mitarbeiter von Marx und Engels in den 40er Jahren standen, direkt

Fortgesetzt auf Seite 11



Kurt Desch

Philippe Buonarroti repräsentiert die Verbindung zwischen Jakobinismus und Marxismus

wegt, aufregend, voller Opfer und Sorgen, gekennzeichnet von glühenden Anstrengungen für das Glück der anderen, und ich rufe euch dazu auf, darüber zu urteilen. „Das war das Verteidigungsplädoyer von Buonarroti vor dem Staatsgerichtshof von Vendôme am 21. Floréal des Jahres V, nach dem Staatsstreich des 9. Thermidors. Die Inschrift geht weiter: „Zur Deportation verurteilt, getroffen von dem Verlust seiner Bürgerrechte im Kerker, im Exil, grausamsten Verfolgungen ausgesetzt, hat er trotzdem seine Arbeit fortgesetzt. Nichts hat seinen Mut erschüttern können. Er hat für die Menschlichkeit gelebt.“

Vor etwas mehr als 150 Jahren ist Philippe Buonarroti also gestorben, ein ehemaliger jakobinischer revolutionärer Kader, an der Seite von Gracchus Babeuf ehemaliger kommunistischer Führer der Verschwörung der Gleichen. Er war 75 Jahre alt. Bei seinem Begräbnis waren es 1500, die dem Trauerzug folgten. Ein Exemplar seines Buches *Verschwörung der Gleichen*, ein wirkliches Lehrwerk für die europäischen Revolutionäre dieser Zeit, wurde mit ihm begraben, um, wenn man dem Beerdigungsprotokoll glaubt, den Willen zu symbolisieren, es den Schmähungen der Menschen zu entziehen und der weit entfernten Nachwelt zu überliefern.

Wir Trotzlisten, Mitglieder der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) halten hier tatsächlich daran fest, um anlässlich der 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution Buonarroti und alle Kämpfer um Babeuf zu ehren, die als erste versucht haben, den Kommunismus durch revolutionäre Aktion einzuführen. Aus dieser Sicht sind wir ihre Erben.

1789, als die Französische Revolution ausbricht, geht Buonarroti nach Korsika, damals französisch, um sich voll im revolutionären Kampf zu engagieren. In Paris schließt er sich dem Jakobiner-Milieu an. Eingesperrt, wird er sich in den thermidorianischen Kerkern

Heute ist Heinrich Heine allgemein bekannt als lyrischer Dichter. Aber dieser deutsche Jude und Kosmopolit war auch ein Revolutionär, ein Freund von Marx und Engels. Er ist jetzt bekannt für seinen Satz, der zur Rushdie-Affäre zitiert wurde: „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“ Seine eigenen Werke wurden 1833 von der preußischen Monarchie verboten. 100 Jahre später, am 10. Mai 1933, verbrannten die Nazis tatsächlich seine Bücher; tragischerweise hat sich auch der Rest der Prophezeiung Heinrich Heines bestätigt.

Franz Mehring, Biograph von Marx, Waffengefährte Rosa Luxemburgs, schrieb über Heinrich Heine: „Die Todfeinde seines Lebens bluten heute noch an den Wunden, die ihnen sein gutes Schwert geschlagen hat, aber es sind die Kommunisten, die sein Grab vor dem Ansturm dieser wütenden Narren schützen.“ 1919, mitten in der Revolution, haben die Spartakisten die Anstrengung unternommen, seine Werke wieder herauszugeben.

Heinrich Heine wurde 1797 in Düsseldorf geboren, in einer Gegend Westdeutschlands, die unter preußischer Herrschaft stand, aber tief geprägt war durch die Französische Revo-

beliebter Ausdruck von Marx und Engels.

Die Schriften von Marx, Engels und Plechanow strotzen vor Zitaten von Heine. Wie Engels richtig sagte, war Heine 1833 der einzige Denker, der die revolutionäre Bedeutung der deutschen Philosophie erkannt hatte. Im Gespräch mit Hegel hatte dieser anerkannt, „alles, was ist, ist vernünftig“ (in Wirklichkeit eine Apologie des Status quo) sei nicht die einzige mögliche Interpretation seiner Philosophie. Hegel vertraute ihm auch an: „Alles, was vernünftig ist, muß sein.“ Heine hat seinerseits erklärt:

„Trommle die Leute aus dem Schlaf, Trommle Reveille mit Jugendkraft, Marschiere trommelnd immer voran, Das ist die ganze Wissenschaft. Das ist die Hegelsche Philosophie.“

Gezwungen, 1831 nach Paris zu flüchten, hat er dort die Ideen von Saint-Simon, Blanqui und Babeuf entdeckt. Er beteiligte sich am Bund der Gerechten, der Gesellschaft revolutionärer deutscher Künstler, dem Vorläufer des Bundes der Kommunisten. „Brot ist das Recht des Volkes, hat Saint-Just gesagt, und das ist die wahrhaft große Parole, die für die Revolution aufgestellt wurde“, erklärte Heine.

Zusammen mit Marx und Engels hat er für die *Deutsch-Französische Jahrbücher* gearbeitet, zwischen 1843 und 1847, da, wo der historische Materialismus von Marx und Engels begann, Gestalt anzunehmen. Er starb 1856 nach acht Jahren Krankheit, die ihn ans Bett fesselte.

Assimilierter Jude, Opfer des Antisemitismus, hatte Heine sich christlich taufen lassen. Er machte sich später darüber lustig: „Wenn die Gesetze das Stehlen silberner Löffel gestattet hätten, so würde ich mich nicht getauft haben.“ Eher nur ein Weggefährte von Marx und Engels (er war kein Atheist), bewunderte er dennoch deren kommunistische Ziele. Am Ende seines Lebens hat er gesagt, die Kommunisten besitzen „den absolutesten Kos-

Heine zu Besuch bei Jenny und Karl Marx in deren Pariser Wohnung. Zusammen mit Marx und Engels hat er 1843–1847 für die Deutsch-Französische Jahrbücher gearbeitet



Gondrom

lution. Er wurde durch die Revolution von 1830 in Frankreich beeinflusst und durch den Textilarbeiteraufstand in Lyon, von den „Canuts“. Eines seiner bekanntesten Gedichte heißt „Die Weber“. Daraus folgende Strophe:

„Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt,
Und uns wie Hunde erschießen läßt“.

Sein bedeutendstes Werk ist *Deutschland, ein Wintermärchen*, eine Abrechnung mit der preußischen Monarchie, der Rückständigkeit Deutschlands, seiner nationalen Beschränktheit. Am Ende seines Lebens entlarvte er die „Partei der sogenannten Vertreter der Nationalität in Deutschland“, jene „falschen Patrioten, deren Vaterlandsliebe nur in einem blödsinnigen Widerwillen gegen das Ausland und die Nachbarvölker besteht“. Kämpfend für die demokratische bürgerliche Revolution gegen die Könige, Prinzen und Fürsten Deutschlands, lernte er die Ohnmacht, die Feigheit, das Philistertum der deutschen Bourgeoisie kennen, ihre Unfähigkeit, diese Revolution zu Ende zu führen. Ein Schüler von Hegel, hat er in *Deutschland, ein Wintermärchen* geschrieben, daß die sogenannten deutschen Revolutionäre nie das „Luftreich des Traums“ erobern konnten, ein

mopolitismus, eine allgemeine Liebe für alle Völker, eine brüderliche Gütergemeinschaft zwischen allen Menschen, freien Bürgern dieses Erdballs“.

Internationalismus kontra Nationalismus ist auch heute unser Programm, von uns von der Internationalen Kommunistischen Liga, nicht wahr? Es ist daher angemessen, das Gedenken an Heine zu ehren, einem in der Reihe von Revolutionären, die uns Marxisten mit der großen Französischen Revolution verbinden. ■

„Marktsozialismus“ in Osteuropa

Für proletarische politische Revolution in der UdSSR!

Der Bankrott des jugoslawischen Modells 13

Ungarn: „Gulasch-Kommunismus“ geht pleite 20

Für zentrale Planung durch Sowjetdemokratie 27

Sowjetische Arbeiter zeigen ihre Kraft

Sieben erschienen!

DM 2,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Frankfurt 119 88-601

Von der DKP zum Trotzismus

Nachstehend drucken wir leicht gekürzt die Austrittserklärung von Carin T. ab, die sie am 1. Juni ihrer DKP-Ortsgruppe überreichte. Nach weiterer Diskussion und gemeinsamer Arbeit wurde Carin Mitglied der Internationalen Kommunistischen Liga.

Genossen!

Ich bin Kommunistin. Und aus diesem Grund bin ich im Herbst 1987 in die DKP eingetreten. Das war, wie ich nach kurzer Zeit intensiven Studiums der Geschichte der Russischen Revolution, der III. Internationale vor und nach Lenins Tod, der Sowjetunion und der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Trotzki, Liebknecht und Luxemburg feststellte, sehr naiv und ein Fehler, denn der Name der Deutschen Kommunistischen Partei ist nicht mehr als ein Etikett für eine gänzlich un-kommunistische Politik!

Die DKP hat mit Kommunismus gerade so viel zu tun, wie Stalin oder Gorbatschow mit Leninismus zu tun haben. Die sowjetische Bürokratie, der Inbegriff der Degenerierung des ersten Arbeiterstaates, hat sich, wie Trotzki analysierte, aufgrund der widrigen innen- und außenpolitischen Bedingungen in der Sowjetunion als parasitäre Schicht auf dem Fundament der proletarischen Eigentumsform gebildet. Um seine Machtposition konsolidieren zu können, mußte Stalin zusammen mit seiner nationalistischen Clique 1. Trotzki und die Linksoption, die Verfechter des Leninismus, ausschalten, und 2. die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ aufstellen.

„Sozialismus in einem Land“ aber ist theoretisch nur möglich mit „Friedlicher Koexistenz“ mit dem Imperialismus, was die Unterdrückung und den Verrat jeglicher revolutionärer Gelegenheit im internationalen Spektrum erfordert. Das ist Stalinismus, und in genau dieser Tradition befindet sich Gorbatschow heute, wenn er „Friedliche Koexistenz“ mit dem Westen propagiert. Und weil ich Kommunistin weder im Stalinischen noch im Gorbatschowschen Sinne bin, sondern mit beiden Füßen auf dem Programm Lenins und Trotzki stehe, trete ich heute aus dieser „kommunistischen“ Partei wieder aus!

Mein Entschluß auszutreten steht auch deshalb schon fest, weil mir die Alternative, Mitglied zu bleiben und es auf einen Fraktionskampf anzulegen, von vornherein versperrt ist: die DKP hat Lenins Prinzip des demokratischen Zentralismus nie vertreten, und ihre Vorgängerin, die KPD, hat es abgelegt, seit Stalin ihr bürokratischen Zentralismus verordnete.

„Zwischen der Vergangenheit des Gründungsparteitages der KPD vor 65 Jahren und der Gegenwart des 7. Parteitages der DKP liegen fundamentale Verschiedenheiten“, sagte Herbert Mies am 30. Dezember 1983 in der *uz*. Das ist nur zu wahr! Nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verwandelte sich die damalige KPD von 1923 an wegen ihrer Unerfahrenheit in ein Werkzeug der degenerierten Komintern. In dieser Kontinuität stand die KPD nach dem letzten Weltkrieg mit ihrem Eintreten für die „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“ (Gründungsdokument des ZK der KPD, 1945), und in dieser Kontinuität steht die DKP nach 1969, die, sich dem Druck des selbsternannten Nachfolgestaates des Dritten Reiches beugend und in treuer Gefolgschaft der Moskauer Verräter der Oktoberrevolution, Klassenkollaboration, Reformen des Kapitalismus und den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ predigt! Die DKP hat damit das Recht, sich kommunistische Partei zu nennen, nie besessen!

Und heute, unter dem Ruf nach mehr „Demokratie“, benutzt ein Teil der DKP Gorbatschow als Aushängeschild für ihre arbeitfeindliche Politik, Gorbatschow, der mit seiner Perestroika die sozialen Ungleichheiten in der Sowjetunion verschärft und nationale Konflikte, sogar Pogrome provoziert. So ist die kollektive geplante Wirtschaft unterminiert, die allerdings das Fundament ist, auf dem dieser Arbeiterstaat nur existieren

kann und den es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt! Um der „Friedlichen Koexistenz“ willen läßt Gorbatschow einen Schuh nach dem anderen fallen: mit dem Truppenabzug aus Afghanistan, mit der Ermutigung des Abzugs der kubanischen Truppen aus Angola und der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, mit der Einstellung jeglicher materieller Unterstützung revolutionärer Staaten wie Nicaragua bringt er nicht nur die Errungenschaften der Oktoberrevolution in allerhöchste Gefahr, sondern verschuldet auch den Fortbestand der tödlichen imperialistischen Bedrohung.

Die DKP ist gespalten, in wessen Gefolgschaft sie sich lieber sehen möchte: in der von Stalinisten à la Honecker (wie Mies und Konsorten) oder von Stalinisten à la Gorbatschow (wie die Renovateure), ohne sich endlich eigenständig darauf zu besinnen, worum es eigentlich geht. Es geht keineswegs darum. Wir müssen eintreten für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und aller Arbeiterstaaten, indem wir nicht zuletzt für die politische Revolution dort und für die soziale Revolution in den kapitalistischen Staaten kämpfen!

Ist die BRD „reformfähig“? – Die DKP als Komplizin kapitalistischer Interessen

Indem sie jetzt plötzlich eine „Umbruchperiode“ entdecken, laufen viele der DKPler wie eine Schar aufgeregter Hühner umher und erklären händeringend die Kapitulation vor der Übermacht des Kapitalismus. Wie die Zeugen Jehovas sehen sie den Untergang der Welt nahe und merken nicht, daß er keineswegs gottgewollt, sondern einzig und allein Resultat kapitalistischer Mißwirtschaft und sozialdemokratischer und stalinistischer Irreführung ist. Sie entwerfen eine „Reformalternative“, die „auf die Verwirklichung eines friedensorientierten und reformoffenen Entwicklungsweges der BRD“ zielt, „eines Weges des demokratischen und sozialen Fortschritts in einer kapitalistischen Gesellschaft“ (BRD 2000: S. 12). Ihre Strategie zur Erreichung dieses Ziels, deren erste Etappe die Vernichtung des Großkapitals und die Stärkung des Kleinunternehmertums sein soll, läßt an Absurdität nichts zu wünschen übrig! Eine Volksfront, „eine breite Koalition der Vernunft (!), die bis in die Kreise der Großbourgeoisie (!) und der Konservativen (!) reicht“ (ibid.: S. 62), soll „die Vision von der BRD des Friedens, der Arbeit, des Humanismus und des Fortschritts“ verwirklichen (ibid.: S. 14). Was ist humanistisch daran, ins 19. Jahrhundert zurückzugehen und die Überwindung des Kapitalismus für die Lösung der von ihm verschuldeten Probleme hintanzustellen? Die „Mission“ (die Errichtung der Diktatur des Proletariats) „wird gegenstandslos, wenn wir den Frieden nicht sichern und die globalen Probleme nicht lösen können. Dies bestimmt heute unser Selbstverständnis als Marxisten und Revolutionäre“ (ibid.: S. 64). Sehr richtig festgestellt! Der Marxismus wird ad acta gelegt und Sozialismus ist, wenn überhaupt, nur noch gelegentliches Thema von Sonntagsreden. Der Frieden kann aber nur gesichert werden, die ökonomischen und ökologischen Probleme nur gelöst und eine menschenwürdige Zukunft nur dann erreicht werden, wenn das kapitalistische System überwunden ist und planvolles Wirtschaften auf internationaler Ebene die Ursachen der heutigen Übel beseitigt hat.

Nur die integrierte revolutionäre Arbeiterklasse kann den Faschismus zerschlagen

In genau derselben antikommunistischen Manier wird an die Frage der ausländischen Arbeitnehmer herangegangen: die einzige Forderung der DKP, nämlich die nach dem kommunalen Wahlrecht und nach einem humanen Asylrecht, ist viel zu wenig! Solche Halbheiten können kein Ersatz sein für den Kampf gegen die Kapitalisten, die in ihrem höchstpersönlichen Interesse Ausländerhaß und Rassismus schüren und so die Arbeiterklasse spalten, um ihre Bestandteile gegen-

einander auszuspielen und ihre Reservearmee an Arbeitslosen bei der Stange zu halten. Die Minimalforderung in diesem Falle muß sein: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Die Immigranten haben mit ihren 10 Prozent Anteil an der westdeutschen Arbeiterklasse eine Schlüsselfunktion für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse inne, was sie schon wiederholt unter Beweis gestellt haben.

Die Empörung und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, /den/ faschistischen Abschaum zu zerschmettern, muß, mit Hilfe militanter Verteidigungstruppen aus gewerkschaftlich organisierten deutschen und ausländischen Arbeitern, von der kommunistischen Avantgardepartei geführt werden. Das

mus und tritt ein für „die Wahrnehmung eigener, nationaler Sicherheitsinteressen“ (ibid.: S. 18). Nationalchauvinismus ist wieder salonfähig mit der Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt als Bedingung für die nationale, militärische, großdeutsche Unabhängigkeit. Mit ihrem Antiamerikanismus und Antisowjetismus kennt die DKP, frei nach Kaiser Wilhelm II., keine Klassen mehr und keine Parteien, sondern nur noch D-Oi-tsche!

Der Imperialismus ist auf Krieg aus! Die deutsche Bourgeoisie zeigt, manifestiert in der nun seit fast 20 Jahren bestehenden Ostpolitik, ihre revanchistischen Gelüste, wieder von der Maas bis an die Memel Herr zu sein. Das heißt: Der Hauptfeind steht im



Progress Publishers



Dietsch Verlag Berlin



Panorama/DDR

Die Drei L: Revolution statt Reformismus. Lenin hat zusammen mit Trotzki die Kommunistische Internationale gegründet, um das Vermächtnis von Liebknecht und Luxemburg Wirklichkeit werden zu lassen, die Ausweitung der Oktoberrevolution. Ihr Hauptaugenmerk galt dabei der Deutschen Revolution

würde die Möglichkeit einer echten revolutionären Gelegenheit eröffnen, in der die Bourgeoisie und ihre Nazi-Stoßtruppen rausgeschmissen und die Diktatur des Proletariats errichtet werden könnte. Die DKP dagegen ruft lieber den bourgeoisen Staat an, sich dieser Sache anzunehmen, ohne zu kapieren, daß sie mit diesem Schritt den Staat nicht länger als das Mittel der Unterdrückung einer Klasse durch die andere begreift, sondern als neutrales Mittel aller, welches gegebenenfalls durch massiven populären Druck beeinflusst werden kann. In dieser Haltung vereint sie sich mit Sozialdemokraten und Grünen. Die DKP hat selbst das Lippenbekenntnis zum Klassenkampf aufgegeben und erschöpft ihre „revolutionäre“ Kraft jetzt nur noch im parlamentarischen Kampf. Es ist die Arbeiterklasse Westdeutschlands, die als einzige die Macht hat, den Faschismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, genauso wie die Arbeiter in der Sowjetunion die einzigen sind, die Pam-jat den Garaus machen können!

Nationalkommunismus der DKP – Verrat der eigenen und der internationalen Arbeiterklasse

Mit ihrer Winselei nach Versöhnung von Ost und West um der „Friedlichen Koexistenz“ willen verfällt die DKP sogar in offenen Antisowjetismus: Hand in Hand mit Bush und Baker, mit Kohl und Genscher fordert sie die Auflösung des Warschauer Pakts! Von der grotesken Doktrin der „Friedfertigkeit“ des Imperialismus ausgehend, glaubt sie tatsächlich, die NATO könne mit ihrer „Struktur, Doktrin und politischen Praxis“ in eine rein defensive Organisation umgewandelt werden. Die USA haben seit Ende des letzten Weltkrieges die UdSSR unzählige Male mit der nuklearen Attacke bedroht; die BRD rüstet auf wie noch nie („Anschaffung und Modernisierung von Waffensystemen, die in besonderem Maße (!) offensivfähig oder als Kernwaffenträger geeignet sind (MRCA-Tornado, Leopard 2, Flugabwehrsystem Patriot, usw.) und die Entwicklung und Einführung einer neuen, „dritten“ Waffengeneration für die Bundeswehr, die sich in das Kriegsführungskonzept FOFA einordnet (Jäger 90, neue U-Boote und Fregatten, ein neues taktisches Luftverteidigungssystem, usw.)“. Und die DKP? Die DKP träumt süß von der „Friedensfähigkeit“ des Imperialis-

eigenen Land! Und: Keinen Mann und keinen Pfennig für die Bundeswehr!!

Volksfronten mit den Bürgerlichen haben Kommunisten und Arbeiter von jeher mit ihrem Blut bezahlt!

Ohne internationale Planwirtschaft ist die Welt zum ökonomischen und ökologischen Desaster verurteilt!

Es kann wohl den Sieg der Diktatur des Proletariats in einem oder wenigen Ländern geben, es kann aber nie den „Sozialismus in einem Land“ über irgendeine Zeitspanne geben!

Gegen Nationalchauvinismus und Verrat an der internationalen Arbeiterklasse – Für eine trotzkistische Arbeiterpartei

Aufgrund dieser traurigen historischen Entwicklung des Sozialismus kämpfe ich gegen die arbeitfeindliche, klassenkollaborationistische Politik von Stalin, Gorbatschow und der DKP. Deshalb kämpfe ich auf der Grundlage des Programms von Lenin und Trotzki, Liebknecht und Luxemburg, verwirklicht in den ersten vier Kongressen der III. Kommunistischen Internationale und in der Politik der Internationalen Kommunistischen Liga (vorm. internationale Spartacist Tendenz) gegen die tödliche Illusion von „Sozialismus in einem Land“ und „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus, gegen Doktrinen wie „Reformfähigkeit“ des Kapitalismus und von vornherein zum Scheitern verurteilte Volksfrontpolitik. Ich kämpfe für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands. Ich kämpfe für den Revolutionären Verband der Sozialistischen Staaten von Europa, durch politische Revolution im Osten und soziale Revolution im Westen, mit der Perspektive der Zerschlagung der Bourgeoisie und aller anderen parasitären Klassen weltweit und der Errichtung eines Weltrates, in dem alle arbeitenden Menschen ihre Bedürfnisse frei zum Ausdruck bringen und ihre Forderungen aushandeln können!

Ich bitte alle aufrichtigen Kommunisten deshalb dringend, mit mir zu diskutieren und/oder die Trotzkistische Liga Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, zu kontaktieren.

Mit kommunistischen Grüßen
Carin T.

JALALABAD, 7. Juli – Tausende strömten heute durch die Straßen dieser neu belebten Stadt, um einen wichtigen militärischen Sieg über die Mudschaheddin (Heiligen Krieger) des CIA zu feiern. Vor zwei Tagen hatten die Streitkräfte der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA), mit einer Panzereinheit der Spezialgarde als Speerspitze und mit massiver Unterstützung durch die Luftwaffe, die Konterrevolutionäre gezwungen, sich auf Stellungen zurückzuziehen, die sie vor der März-Offensive auf Jalalabad besetzt hielten.

Nicht nur ist die monatelange erbitterte Belagerung durchbrochen worden, sondern Jalalabad, die Hauptstadt der Provinz Nangarhar, sowie seine Umgebung sind vor drohenden Raketenangriffen wieder sicher. So vernichtend war die Niederlage der Mudschaheddin, daß die Vorhut der Panzereinheit anfangs die ganze Strecke bis nach Torkham an der pakistanischen Grenze aufrollen wollte. Aber vom Oberkommando kam der Befehl, die Stellungen zu sichern, bevor sie weiter vorrückte.

Ich war bei der ersten Gruppe von Journalisten, die seit Mai Jalalabad besucht hat, und dies war erst der zweite Besuch, seit die Mudschaheddin im März mit der Belagerung begonnen hatten. Besonders bewegend war es, hier zu sein im Namen der internationalen Kampagne für humanitäre Hilfe, die vom Partisan Defense Committee und seinen brüderlich verbundenen Organisationen für rechtliche und soziale Verteidigung in anderen Ländern durchgeführt wurde und die über DM 84 000 gesammelt hatte, um den Opfern unter der Zivilbevölkerung zu helfen. Die englischsprachige *Kabul Times* (3. Juli) sowie die darisprachige *Payam* (2. Juli) hatten Artikel, die über eine anerkennende Mitteilung des Verteidigungsrats der Provinz Nangarhar an das PDC berichteten. In der von der *Kabul Times* zitierten Erklärung hieß es:

„Der Verteidigungsrat der Provinz Nangarhar, der alle DVPA-Mitglieder, sozialen Organisationen und die friedliebende Bevölkerung von Nangarhar vertritt, dankt Euch herzlich und bringt für die von Euch geleistete Hilfe seine Dankbarkeit zum Ausdruck. Dabei versichern wir Euch geschätzten Freunden, daß wir unbedingt triumphieren müssen, denn wir kämpfen für eine gerechte Sache.“

Die Front ist jetzt etwa 12–15 Kilometer weiter nach Osten, bis Samarkhel, vorverlegt worden, ein strategisch wichtiger befestigter Vorposten. Hier hat es im März schwere Kämpfe gegeben, wie jetzt auch wieder. Wir wurden in einem Bus nach Samarkhel gebracht. Einige Kilometer entfernt konnten wir sehen, wie ein Panzer eine Granate nach

Augenzeugenbericht au



der anderen über eine Höhe feuerte, über die afghanische Soldaten vorrückten. Diese Höhe ist für die Mudschaheddin kilometerweit die einzige natürliche Verteidigungslinie, aber es gab kein Anzeichen dafür, daß sie sich behaupteten oder zurückschlugen.

Die Offiziere und Soldaten der Einheit der Spezialgarde führten uns stolz herum. Sie beschrieben die eroberten Waffen und ermahnten uns, innerhalb der Gebiete zu bleiben, die schon von Minen gesäubert wurden – d. h. wo eine Panzerkette ihr „Zeichen“ hinterlassen hat. Wir konnten die beschädigten Gebäude des Wohnkomplexes, der Schule und des Ladens sehen und das große Dieseldieselkraftwerk besichtigen.

Eine Stadt der Entschlossenheit

An der Spitze des Demonstrationenzuges zur heutigen Feier des Sieges war ein Panzerwagen mit unserem Journalistenteam oben drauf. Nach den militärischen und zivilen

Führern der Stadt kamen Dutzende von bunten Bannern und afghanischen Nationalflaggen sowie etwa fünf- bis zehntausend Einwohner von Jalalabad. Die Menschen waren überall auf der Straße. Es gab keine Spur von Angst, sondern eine deutliche Entschlossenheit, die während der Demonstration immer wieder in lauten Sprechchören explodierte: „Afghanistan Sindabad!“ (Lang lebe Afghanistan) und „Marg ya Watan!“ (Tod oder Land). Jung und alt, Frauen und Männer – viele mit ihren Waffen –, Moslems, Sikhs und Hindus demonstrierten gemeinsam vom

lang der Marschroute wurden von jungen Milizionären bewacht (einige schienen nicht älter als 13 zu sein), über der Schulter ihre Kalaschnikow, die fast zu groß für sie aussah.

Vom Hubschrauber und von der Straße aus war es klar, daß Jalalabad, das früher als Touristenziel für seine Schönheit und seine Grünanlagen bekannt war, eine verwundete Stadt ist, deren Narben lange brauchen werden, um zu heilen. Die Verwüstungen des brutalen Krieges gegen die Bevölkerung kann man sehen an eingerissenen Mauern, an beschädigten Häusern, eingeschlagenen

Zerschlagt die CIA-Mörderbanden!

Jamhuriat-Garten zum Paschtunistan-Platz. Nach einer Rede von Generalleutnant Manookay Mangal, Gouverneur und Vorsitzender des Verteidigungsrats der Provinz Nangarhar, verabschiedeten die Kundgebungsteilnehmer eine Resolution, „volle Solidarität mit den siegreichen und heldenhaften Streitkräften bei der Verteidigung der Heimat, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität des Landes auszudrücken“. Die Dächer der vorwiegend zweistöckigen Häuser ent-

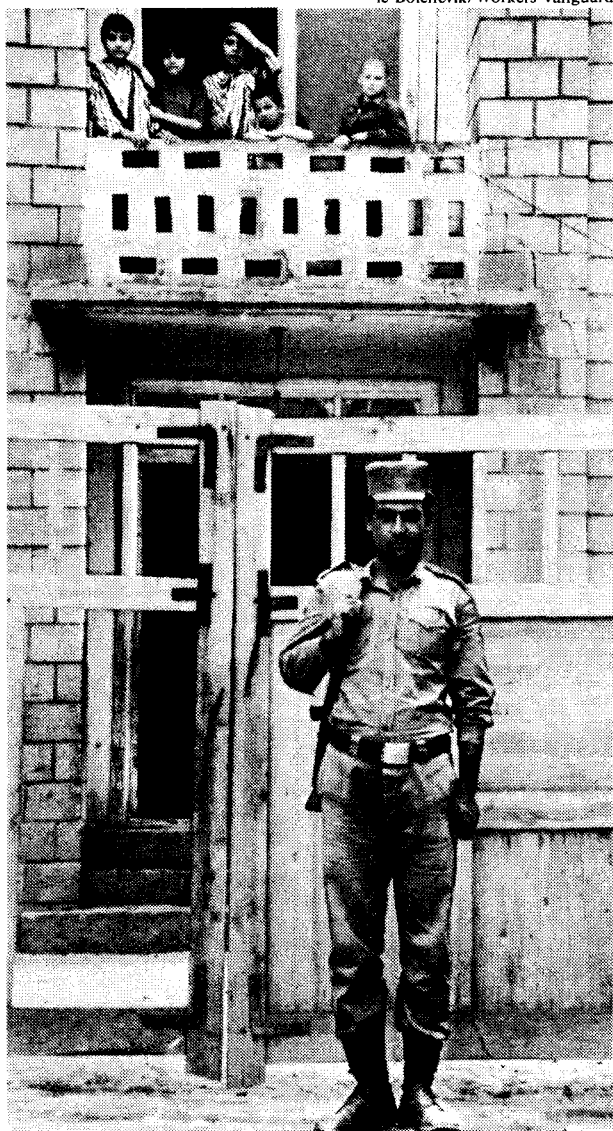
Fensterscheiben und an den von Gräben durchzogenen und mit Trümmern übersäten Straßen. Zwischen März und Juli wurden 973 Häuser beschädigt, dazu 150 Regierungsgebäude, Läden und Marktplätze, Moscheen und Tempel. Viele der Häuser sind aus Lehmziegeln – dadurch sind sie relativ leicht wiederaufzubauen –, und die Bevölkerung hat hart gearbeitet, um sie zu reparieren.

Der Flughafen, etwa fünf Kilometer östlich der Stadt gelegen, zeigt alle Spuren der heftigen Schlacht, die im März und April um ihn tobte: Hallen auseinandergesprengt, die Landebahn beschädigt, herumliegende Trümmer von Jeeps und Hubschraubern, der Kontrollturm schwer beschädigt. Es ist klar, es hat keine Zeit gegeben, sich um das nette Erscheinungsbild zu kümmern: der Flughafen funktioniert wieder und das reicht.

Die Zivilbevölkerung hat schrecklich gelitten: 1993 Verwundete und 1002 Tote, zur Hälfte Kinder. Allein an einem einzigen Tag, dem 8. März, haben die Mudschaheddin-Mörderbanden, im Sold des pakistanischen ISI (Inter-Service Intelligence – Geheimdienst) und des CIA, Jalalabad mit 5000 Raketen bombardiert. Aber es gelang ihnen nicht, die heldenhaften Verteidiger der Stadt zu überwältigen.

Im Hotel Central lernten wir einige der Opfer unter der Zivilbevölkerung kennen, die diese Bombenangriffe überstanden hatten. Einer von ihnen war Hajatullah, 14 Jahre alt, ein aufgeweckter Junge, der im Februar sein rechtes Bein verlor. Er hatte vor Raketen Angst gehabt, sagte er. Als seine Wohnung im östlichen Teil von Jalalabad getroffen wurde, starb einer seiner Brüder, ein anderer verlor sein Bein. Hajatullah war damals Schüler und wollte Lehrer werden. Mit dem ernsten Blick eines jungen Mannes, der viel schneller erwachsen werden mußte als gleichaltrige Kinder in glücklicheren Teilen der Welt, bekräftigte er seine Entschlossenheit, sein Studium zu Ende zu bringen. Denn

le Bolchévik/Workers Vanguard



Links: Soldat bewacht Kinderheim für Jungen und Mädchen in Maimana. Unten: Autobombe von Terroristen in belebter Kabuler Einkaufsstraße tötete neun und verletzte 49 Menschen

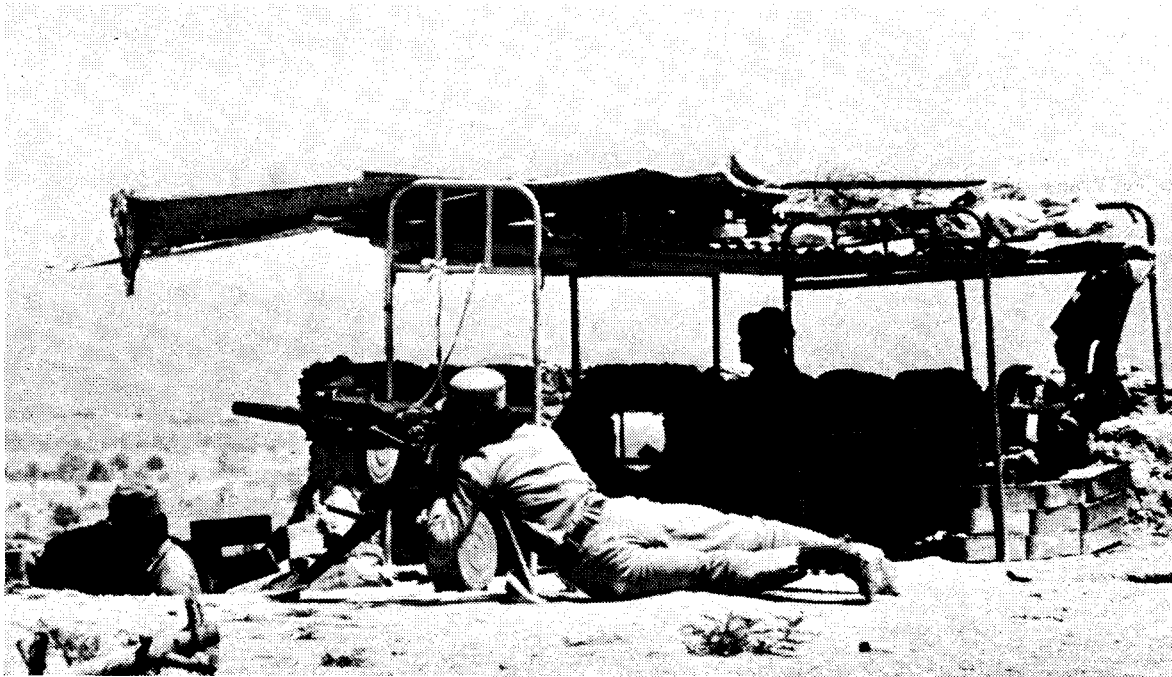
le Bolchévik/Workers Vanguard



aus dem heldenhaften Jalalabad



le Bolchévick/Workers Vanguard



le Bolchévick/Workers Vanguard

Jalalabad, 7. Juli – Mit den Rufen „Afghanistan Sindabad!“ (Lang lebe Afghanistan) und „Marg ya Watan“ (Tod oder Land) marschieren Tausende, um ihren Sieg über die monatelange Mudschaheddin-Belagerung zu feiern (links). Jugendbataillon bewacht nördlichen Zugang nach Kabul. „Wenn sie kommen, sind wir bereit zu kämpfen“, schwor einer der jungen Kämpfer, „jeder von uns gegen zehn von denen“ (oben)

er möchte sehr gern „kleine Kinder unterrichten“. Auf die Frage, wie er zu denen stehe, die ihm das angetan haben, sagte er: „Sie sollen alle eliminiert werden“, und er fügte hinzu, daß „Amerika“ letzten Endes verantwortlich ist als das Land, das die Raketen liefert.

Ein internationalistischer Kampf

Gegen Ende unseres achtstündigen Aufenthalts in Jalalabad lernten wir den Gouverneur kennen. Nachdem sein Stellvertreter, der das Journalistenteam begleitet hatte, erfuhr, daß ich ein Vertreter der PDC-Kampagne sei, teilte er es dem Gouverneur mit. Als wir den Raum für die Pressekonferenz betraten, gab Generalleutnant Mangal jedem Reporter die Hand, aber mich umarmte er begeistert mit den Worten: „Ah, Partisan.“

Der 41jährige ehemalige Chef der politischen Abteilung des Innenministeriums in Kabul, Arzt von Beruf, ist seit sechs Monaten Gouverneur in dieser strategisch wichtigen Grenzprovinz. Er sagte, daß „pakistanische Militaristen und der US-Botschafter in Islamabad beschlossen, am 6. März Jalalabad den Krieg zu erklären“. Die Reaktionäre – mit insgesamt 40 000 Soldaten, darunter zwei pakistanische Panzerbataillone und 120 Einheiten „reaktiver Artillerie“ – sollten Jalalabad innerhalb von 72 Stunden einnehmen; Flugzeuge standen in Peschawar bereit, um die „provisorische Regierung“ der Mudscha-

heddin auf afghanisches Territorium zu bringen. „Aber sie konnten die Stadt nicht einnehmen“, erklärte Generalleutnant Mangal stolz. „Männer und Frauen von Nangarhar haben mutig gekämpft“, das schließt DVPA-Mitglieder ein ebenso wie die Armee, fügte er hinzu. Die Luftwaffe spielte beim Sieg über die Angreifer eine große Rolle.

Ich fragte den Gouverneur, ob die Verteidiger und Einwohner von Jalalabad wissen, daß in vielen Ländern der Welt arbeitende Menschen ihren Kampf mit äußerster Sorge verfolgen. „Gewiß“, erwiderte er und fügte hinzu, der Kampf des afghanischen Volkes sei ein „internationalistischer Kampf“. Mangal erwähnte besonders Pakistans Plan, Afghanistan zu zerstückeln und dem Land eine Regierung aufzuzwingen, die sich mit Pakistan und der Türkei in einer „neuen CENTO“ zusammenschließen würde, einem antisowjetischen und antiindischen US-dominierten Bündnis. Er dankte noch einmal dem PDC für unsere Anstrengungen bei der Unterstützung der Menschen von Jalalabad. Die internationale Hilfskampagne hat eindeutig die Moral in Jalalabad gehoben. In der Erklärung des Verteidigungsrats hieß es: „Eure großartige und menschliche Aktion ist so bemerkenswert, daß keine teuflischen Augen es wagen können, sie zu sehen.“

Im Laufe dieser drei Monate Kampf hatten Jalalabads Verteidiger 800 Tote zu beklagen. Aber mit der Kombination von zwei Maß-

nahmen haben die afghanischen Streitkräfte dem Feind weit schwerere Verluste zugefügt. Zum einen hat man aus großer Höhe Bombenangriffe geflogen, mit umgebauten propellergetriebenen Transportflugzeugen vom Typ Antonow AN-12 – die höher als die von den USA gelieferten Stinger-Raketen fliegen können –, zum anderen hat man SCUD-Langstreckenraketen eingesetzt, die vom Gebiet um Kabul aus abgefeuert wurden. Am 3. Juli erklärte General Alumi, Chef der militärischen Abteilung der DVPA und Sekretär des Obersten Verteidigungsrats, auf einer Pressekonferenz in Kabul, daß zwischen März und Juni die Konterrevolutionäre mehr Verluste hinnehmen mußten als „insgesamt in früheren Kämpfen während jeder beliebigen Periode von zwei Jahren“. Er gab die Verluste der Mudschaheddin seit der Unterzeichnung des Genfer Abkommens 1988 mit 35 000 an (darunter 3000 Pakistani).

Die Bakhtar-Presseagentur (5. Juli) berichtete über ein Treffen zwischen trauernden afghanischen Müttern und einer Delegation pakistanischer Journalisten und zitierte eine Mutter: „Wir haben uns über die Unterzeichnung des Genfer Abkommens gefreut, wir dachten, daß im Licht dieser Verträge der Krieg in der Republik Afghanistan gestoppt werden könnte... Aber leider hat sich nach der Unterzeichnung des Abkommens der Krieg in der Republik Afghanistan weiter ver-

schärft.“ Tatsächlich hat Gorbatschows Rückzug nur dazu gedient, die Imperialisten und ihre Mörderbanden zu ermutigen.

Die sowjetische Intervention 1979 war gerechtfertigt, weil sie die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 verteidigte, und sie eröffnete die Perspektive, diese Errungenschaften auf Afghanistan auszudehnen: aus diesem Grund erklärte die internationale Spartacist Tendenz, jetzt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten): „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ Nach dem sowjetischen Rückzug dachten Washington und Islamabad, in dem Moment, wo die sowjetischen Truppen draußen sind, würde die afghanische Regierung auseinanderfallen. Der Kampfesmut des afghanischen Volkes hat sie Lügen gestraft.

Gleichzeitig zielt die DVPA-Politik der „nationalen Versöhnung“ darauf ab, die Reaktionäre in eine Koalition zu locken. Kabuler Zeitungen berichten regelmäßig über Abkommen mit regionalen Kommandeuren der Mudschaheddin, durch die ihnen effektiv die Kontrolle ihrer Fürstentümer überlassen wird. Einen Tag nach dem Bericht über die internationalistische Hilfskampagne des PDC druckte *Payam* eine Rede des Außenministers unter der Überschrift ab: „Außer einer politischen Lösung – gibt es keinen anderen Weg, den Krieg in Afghanistan zu beenden.“

Aber um den imperialistisch geschürten Krieg gegen sozialen Fortschritt zu beenden, muß man durch eine Arbeiterrevolution die verfestigte feudale und kapitalistische Reaktion mit der Wurzel ausreißen – statt sie zu beschwichtigen. Unter den extrem rückständigen Bedingungen Afghanistans hat das winzige Industrieproletariat nicht das Gewicht, eine grundlegende Umwandlung der Gesellschaft bewirken zu können. Aber nebenan in Bhuttos Pakistan, der Ausgangsbasis für die Mudschaheddin des CIA, gären die Bedingungen für soziale Revolution: nationale Minderheiten sind in Aufruhr und das Regime ist gespalten. Im Iran ist die islamische Theokratie jetzt führerlos, und der Bevölkerung hängt es zum Halse heraus, daß seit einem Jahrzehnt blutiger Krieg und Terror im eigenen Land herrschen.

Das belagerte Jalalabad war der Brennpunkt des Dschihad (des heiligen Krieges) des Imperialismus gegen sozialen Fortschritt und gegen die Sowjetunion. Das siegreiche Jalalabad kann revolutionären Kampf in der ganzen Region anspornen, von Indien bis zur Türkei. Dazu ist vor allem das Programm des leninistischen Internationalismus notwendig, das Banner der Internationalen Kommunistischen Liga.

Nach Workers Vanguard
Nr. 482, 21. Juli

le Bolchévick/Workers Vanguard

Afghanistan: Zerschlagt CIA-Mörderbanden!

Diskussionsveranstaltung der TLD

Hamburg,
Freitag, 27. Oktober 1989, 19.30
Nähere Information:
Tel.: (0 40) 32 36 44

Westberlin,
Samstag, 28. Oktober 1989, 16.00
Nähere Information:
Tel.: (0 30) 8 82 39 64

Redner:

Sonderkorrespondent von *Le Bolchévick/Workers Vanguard*, der den Monat Juli in Kabul und Jalalabad verbrachte. In Jalalabad wurde er vom Gouverneur herzlich begrüßt als Vertreter der sehr erfolgreichen Kampagne des Partisan Defense Committee (in Westdeutschland und Westberlin das KfsV), in der über DM 84 000 gesammelt wurden, um den Opfern unter der Zivilbevölkerung von Jalalabad zu helfen, und die besonders bei Immigranten und Arbeitern enthusiastisch aufgenommen wurde.

Bericht über den heldenhaften Widerstand von afghanischen Männern und Frauen gegen die mörderischen konterrevolutionären Mudschaheddin-Banditen, die vom CIA bewaffnet und finanziert werden. Der Redner wird über die Front des antisowjetischen Kalten Krieges sprechen, die von Jalalabad bis Riga und Warschau reicht, und eine Analyse geben über

die Krise des Stalinismus und die Notwendigkeit für proletarische politische Revolution in der UdSSR und den deformierten Arbeiterstaaten.

**Für proletarischen Internationalismus!
Verteidigt die Sowjetunion durch Weltrevolution!**

le Bolchévick/Workers Vanguard



**Nein zum Schleier!
Verteidigt afghanische Frauen!**



Stoppt die baltische Konterrevolution!

In den baltischen Republiken Estland, Litauen und Lettland brodeln die blutige Konterrevolution. In dieser relativ reichen Region der UdSSR haben sich bürgerlich-nationalistische Bewegungen offen darangemacht, unter der Losung der vollkommenen Unabhängigkeit von der Sowjetunion, den Kapitalismus zu restaurieren. Geweckt wurden ihre Appetite durch Gorbatschows Politik der Perestrojka – die Ermutigung von Kräften des Marktes und vom privaten Unternehmertum. Die Volksfronten in Estland und Lettland sowie Sajudis in Litauen – sie überschneiden sich mit nationalistischen Flügeln der baltischen Kommunistischen Parteien – wollen die reaktionären „unabhängigen“ bürgerlichen Republiken der Zwischenkriegsjahre wieder errichten. Das waren kleine Vasallenstaaten des deutschen und britischen Imperialismus, wohl bekannt für die Verfolgung von Kommunisten und Juden. Um dieses Ziel zu erreichen, haben diese angeblichen „Demokraten“ gegen nicht-baltische Völker diskriminierende Bestimmungen erlassen, die die Rechte in bezug auf Sprache, Wahlen und Arbeitsplatz einschränken, sowie „Einwanderungs“kontrollen eingeführt.

Die Erklärung des Zentralkomitees der sowjetischen Kommunistischen Partei, die wir hier in Auszügen abdrucken, wurde letztlich anscheinend ausgelöst durch die Protestaktion am 23. August anlässlich des 50. Jahrestages des Hitler-Stalin-Pakts, mit einer „Menschenkette“ zwischen den Hauptstädten Vilnius, Riga und Tallinn. Gekennzeichnet waren die Proteste durch offen antirussische und antikommunistische Äußerungen, zu sehen waren unter anderem die jetzt allgegenwärtigen Fahnen der bürgerlichen Zwischenkriegsrepubliken sowie Banner, auf denen stand: „Sowjetische Besatzungsarmee hau ab!“, und Plakate, die das Hakenkreuz mit Hammer und Sichel gleichsetzten. Die Organisatoren des Protests käuerten die Sprüche der CIA-Meute über „gefangene Nationen“ wieder und erklärten, die Sowjetunion habe „das historische Recht der baltischen Nationen auf Selbstbestimmung verletzt“ und „sie mit überwältigender militärischer Macht besetzt“. Sajudis erklärte, Litauen stehe „mit sofortiger Wirkung nicht mehr unter der Verwaltung oder Rechtsprechung der UdSSR“.

Stalins „Nichtangriffspakt“ mit Hitler hinderte die Nazis nicht daran, die Sowjetunion 1941 zu überfallen. Aber man kann die sowjetische Annektierung der Region im Juli 1940 nicht von der Notlage trennen, die angesichts der Kriegsbedrohung durch Deutschland zu dieser Zeit existierte. Trotzki argumentierte: obwohl das Gebiet strategisch wichtig sei, werde die Besetzung durch die Rote Armee als ein Akt der Gewalt, nicht der Befreiung, gesehen und langfristig mehr schaden als nützen. Wie dem auch sei, Stalins Annexion dauerte nur so lange, bis Hitler ein Jahr später einmarschierte und das Baltikum besetzte. Damals machten viele bürgerliche

Nationalisten begeistert bei den Nazis mit, Kommunisten und Juden zu jagen und zu ermorden. Die soziale Revolution, die die wirkliche Integration der baltischen Republiken in die UdSSR kennzeichnete, kam nach dem heroischen Sieg der Roten Armee über den Faschismus.

Wir warnen vor kurzem: „Die Weichen sind gestellt für einen blutigen Bürgerkrieg, in dem sich die kapitalistische Konterrevolution als ein Kampf für ‚nationale Befreiung und Selbstbestimmung‘ tarnen wird“ („Marktsozialismus“ in Osteuropa, Spartakist-Broschüre, August 1989). Im November letzten Jahres verabschiedete das estnische Parlament eine Resolution – später für verfassungswidrig erklärt –, mit der es ein einseitiges Veto-„Recht“ gegen sowjetische Gesetze beanspruchte. Zwei Monate später erklärte es Estnisch zur einzigen Amtssprache. Über 40 Prozent der Bevölkerung Estlands und die Hälfte Lettlands sind ethnische Russen, Belorussen oder Ukrainer, hauptsächlich konzentriert in der Arbeiterklasse. Im Mai folgte Litauen dem Beispiel mit einem Gesetz, das das Vetorecht gegen die Gesetzgebung der UdSSR geltend machte sowie das Recht, die Einwanderung in die Republik zu kontrollieren. Am 8. August verabschiedete Estland Gesetze – die wiederum für verfassungswidrig erklärt wurden –, die das Wahlrecht erst nach fünfjährigem Aufenthalt gewähren und das Recht, bei Wahlen zu kandidieren, erst nach zehn Jahren. Diese chauvinistischen Maßnahmen zielen mitten ins Herz des multinationalen Sowjetstaates.

Gegen diese reaktionären Maßnahmen haben Arbeiter in Estland bedeutenden Widerstand geleistet. Die überwiegend russische „Internationalistische Bewegung“ wird gemeinsam geführt von einem Russen und, interessanterweise, einem sibirischen Esten (eine Gruppe, auf die „reine“ Esten auch herabsehen). In weniger als einem Monat rief sie zum zweitenmal zum Streik auf gegen die diskriminierenden Einschränkungen des Wahlrechts. Etwa 30 000 Arbeiter legten die Arbeit nieder und brachten damit Dutzende von Fabriken in Tallinn zum Stillstand, ebenso wie den Eisenbahn- und Luftfrachtverkehr. Die estnische Regierung ließ sofort den Proteststreik verbieten und holte Streikbrecher, die in Tallinn die Busse fahren sollten. Aber der Streik ging neun Tage lang weiter, bis sich die Zentralregierung bereit erklärte, die estnische Gesetzgebung zu überprüfen.

Lettland und Litauen haben bereits Gesetze verabschiedet, die darauf abzielen, das Privateigentum auf dem Land wiederherzustellen: Besitz von „Familienhöfen“ wird auf Lebenszeit erlaubt, Vererbung ebenfalls. Als Ende Juli der Oberste Sowjet in Moskau ein neues Programm der „Wirtschaftsautonomie“ zustimmte, das den baltischen Republiken das Recht gab, Handel, Industrie und Rohstoffe zu kontrollieren und ihre Wirtschaft auf einer marktwirtschaftlichen Basis zu führen, jubelte der estnische Ökonom Michail Bronshtein: „Das eröffnet für uns den

Weg, mit der Verwirklichung unseres Programms der Unabhängigkeit zu beginnen“ (New York Times, 28. Juli). Aber diese winzigen Länder, notwendigerweise abhängig von der sowjetischen Wirtschaft, können nicht darauf hoffen, auch nur den Anschein eines unabhängigen Wirtschaftslebens zu haben, sollten sie ihren Bürgerkrieg gewinnen, der für die Restauration des Kapitalismus unvermeidlich ist. Wie Hongkong vis-à-vis China, so könnten auch die baltischen Staaten nur als eine Speerspitze für das Eindringen der Imperialisten in die Sowjetunion dienen.

An der rechten Flanke der Volksfronten stehen sogar noch extremistischere nationalistische Formationen. Nach einer TASS-Meldung, über die Die Wahrheit (25. August) berichtete, wurde kürzlich in der estnischen Stadt Kaula ein Denkmal enthüllt für eine Gruppe namens Abwehr-2-„Erma“, Nazi-

genen zwei Weltkriegen, wenn Länder und Grenzen neu abgesteckt und dadurch Leben und Sicherheit der Menschen vernachlässigt werden, dann wird es die endgültige Katastrophe geben“ (New York Times, 23. August). Beunruhigt über Entwicklungen im Baltikum und teilweise als Antwort auf westdeutsche Sorgen über die Flut von ethnischen Deutschen, die emigrieren wollen, hat Gorbatschows Regime kürzlich vorgeschlagen, in der Gegend um Kaliningrad (der ehemaligen ostpreussischen Stadt Königsberg) eine autonome ethnisch deutsche Heimat zu schaffen. Diese würde geschickterweise ein Bollwerk zwischen den baltischen Republiken und Polen etablieren.

Jahrzehnte von stalinistischem Nationalismus und großrussischem Chauvinismus haben eine Flut bitterer nationalistischer Gefühle hervorgebracht, und Gorbatschows

Litauische Nationalisten marschieren in Kaunas unter der Fahne des reaktionären bürgerlichen Zwischenkriegsstaates (rechts). Auf der gleichen Straße schlugen 1941 litauische und deutsche Faschisten Juden zu Tode



Turnley/Newsweek

Kollaborateure im Zweiten Weltkrieg. Das Denkmal wurde an einer Stelle errichtet, auf der die Hitlerschen Besatzer 1942 ein Denkmal aufgestellt hatten! Die Enthüllungszereemonie bot einem ehemaligen Mitglied von „Erma“ ein Forum für seine Hetztiraden, Estland „von den Roten zu befreien“. Selbst Sprecher der nationalistischen Hauptströmung wie der estnische Ökonom Tiit Made plappern abscheuliche Nazi-Rhetorik nach: die New York Times (10. August) berichtet, er sehe „Russens als aggressive Leute, deren primitives Verhalten er auf die jahrhundertelange Paarung mit den mongolischen Besatzern zurückführt“. Originalton des Rassisten Made: russische „Aggressivität und Gewalt zeigt sich sogar in der Liebe... Nach der Vergewaltigung kommt ein Gefühl von Liebe und Freude auf.“

Am Vorabend des Protestes vom 23. August hielt die Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands (LNKK) eine zweitägige Konferenz in Riga ab, um „öffentlich den Untergang ‚des Sowjetreiches‘ auszuheken“, wie es die Washington Post (22. August) ausdrückte. Unter den Rednern war der republikanische US-Senator Robert Kasten und ein Vertreter der polnischen Solidarność. Die fanatischen baltischen Nationalisten sollten sich lieber mal daran erinnern, wie diese Region aussah, als sie das letzte Mal „von Roten befreit“ wurde, unter der Schirmherrschaft der imperialistischen Intervention gegen die bolschewistische Revolution. 1919 marschierten die Armeen des gerade unabhängig gewordenen Polens ein und besetzten Teile von Belorußland und Litauen, darunter Vilnius, und zwangen ihnen Polnisch als Amtssprache auf. Im Jahr darauf überfiel Pilsudski die Ukraine und provozierte damit eine sowjetische Gegenoffensive.

Heute bringt der Wiederaufstieg des Nationalismus im Baltikum wieder einmal die Gefahr von Krieg und Konterrevolution mit sich. Als scharfe Warnung, die der Erklärung des Zentralkomitees vom 27. August vorausging, sagte Walentin Falin, Chef der internationalen Abteilung der KPdSU: „Wenn das Streben, das zu trennen, was nicht getrennt werden kann, fortgesetzt wird, wie es charakteristisch war für die Periode vor den vergan-

genen zwei Weltkriegen, wenn Länder und Grenzen neu abgesteckt und dadurch Leben und Sicherheit der Menschen vernachlässigt werden, dann wird es die endgültige Katastrophe geben“ (New York Times, 23. August). Beunruhigt über Entwicklungen im Baltikum und teilweise als Antwort auf westdeutsche Sorgen über die Flut von ethnischen Deutschen, die emigrieren wollen, hat Gorbatschows Regime kürzlich vorgeschlagen, in der Gegend um Kaliningrad (der ehemaligen ostpreussischen Stadt Königsberg) eine autonome ethnisch deutsche Heimat zu schaffen. Diese würde geschickterweise ein Bollwerk zwischen den baltischen Republiken und Polen etablieren.

Jahrzehnte von stalinistischem Nationalismus und großrussischem Chauvinismus haben eine Flut bitterer nationalistischer Gefühle hervorgebracht, und Gorbatschows Perestrojka hat nun die Schleusentore geöffnet. Die Führung der „Inter-Bewegung“ will den Kreml unter Druck setzen, als Hüter der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum zu agieren. Aber bewußt fordern die Streikenden „gleiche Rechte für alle Nationen“ und bewußt distanzieren sie sich von Privilegien für irgendeine Sprache. Wenn die Arbeiterklasse ihr ganzes Gewicht in die Waagschale wirft und dabei den Prinzipien des leninistischen Internationalismus wieder Geltung verschafft, gegen alle Varianten des Nationalismus – und besonders gegen großrussischen Chauvinismus –, dann könnte dies auch die ethnisch baltischen Bevölkerungen polarisieren, unter denen zumindest manche schockiert sein müssen über die Richtung, in die dieser reaktionäre nationalistische Mist führt.

Potentiell die größte nationalistische Bedrohung für die Einheit der sowjetischen Völker ist der großrussische Chauvinismus; seine Speerspitze sind jetzt die Faschisten von Pamjat. Die sowjetischen arbeitenden Menschen müssen Pamjat zerschlagen und dann, mit dieser Autorität, andere eher marginale Faschisten und konterrevolutionäre Gefahren mühelos vernichten. Eine proletarische politische Revolution ist nötig, um die nationalistische stalinistische Bürokratie wegzufegen und wieder bolschewistische internationalistische Prinzipien einzuführen, die allen Nationen und Völkern der Sowjetunion volle und gleiche Rechte garantieren.

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 484, 1. September



Boni and Liveright

Die arbeitenden Massen Lettlands standen unerschütterlich zur bolschewistischen Revolution. November 1917: Lettisches Smolny-Bataillon trifft in Petrograd ein

Kontaktadressen

Hamburg: TLD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

Westberlin: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 8 82 39 64

Erklärung des ZK der KPdSU

Fortsetzung von Seite 1

hier in einer bestimmten Etappe von nationalistischen, extremistischen Gruppierungen mißbraucht, die in die Entwicklung der Ereignisse einen ungesunden Geist zu bringen begannen.

Sie maßen sich die Rolle der wahren Befürworter der nationalen Interessen an und arbeiteten allmählich auf die Absonderung der baltischen Republiken vom übrigen Land, auf den Bruch der lange bestehenden organischen Verbindungen zu den anderen Völkern hin. Immer offener trat man mit extremistischen, separatistischen Positionen auf. Sehr bald kam der antisowjetische und antisowjetische Charakter ihrer Absichten zum Vorschein. Mancherorts entstanden Organisationen, die an politische Gebilde aus der bürgerlichen Periode und der Zeit der faschistischen Besatzung erinnern. Begonnen wurde praktisch mit der Bildung paralleler Machtorgane. Umfassend praktiziert wurden Drohungen, direkter Betrug und Desinformation sowie moralischer Terror, Diskreditierung aller Andersdenkenden und eines jeden, der dem Internationalismus und den Ideen der Unteilbarkeit der Sowjetunion treu bleibt. Ein Teil der Massenmedien artete zu Quellen aus, die die nationalistische Atmosphäre förderten.

Unter Nutzung des Rechts auf internationale Beziehungen nahmen die nationalistischen Führer Kontakt zu ausländischen Organisationen und Zentren auf und bezogen sie im Grunde genommen in die inneren Angelegenheiten ihrer Republiken ein. Sie machten sie zu ihren Konsultanten und Beratern, als ob diese Leute im Westen besser wußten, was die Ostseevölker tatsächlich brauchen, als ob es ihnen nicht um eigene getarnte und offene Absichten in bezug auf unser Land, sondern um das Wohl der sowjetischen Menschen ginge.

Es kam zu Fällen von unverhülltem Vandalismus, zur Schändung von Staatssymbolen

und Stätten, die jedem anständigen Menschen heilig sind – von Denkmälern für Gefallene des Bürgerkrieges und des Großen Vaterländischen Krieges.

Mit Verwunderung und Bitterkeit sahen die Sowjetbürger in allen Teilen des Landes in Wort und Bild Dinge, die zu ihrer Vorstellung von den nationalen Traditionen der Letten, der Litauer und der Esten überhaupt nicht passen und die eine tiefe Beleidigung für den nationalen Charakter dieser Völker darstellen, die für ihre Ehrlichkeit, Besonnenheit und Achtung der zivilisierten Normen der menschlichen Beziehungen bekannt sind.

Die Tätigkeit der destruktiven, antisowjetischen und im Grunde auch antinationalen Kräfte sowie die Atmosphäre des Nationalismus führten dazu, daß auch auf der Ebene der Staatsmacht der Republiken verfassungswidrige Akte angenommen wurden, die den Prinzipien des Föderalismus unseres Staates widersprechen und die Diskriminierung des Teils der Bevölkerung dieser Republiken vorsehen, der anderer Nationalität ist.

Am 23. August 1989 versuchten die Organisatoren der Ereignisse, die Stimmung zu einer wahrhaft nationalistischen Hysterie hochzupeitschen. Die Tausenden von Menschen aufgedrängten Losungen waren voller Feindschaft gegenüber der sowjetischen Ordnung, den Russen, der KPdSU und der Sowjetarmee.

Die Tätigkeit der nationalistischen Kräfte hat schon zu überaus großen Verlusten in den Wirtschaften der Republiken sowie zu zwi-schennationalen und sozialen Spannungen geführt. Mancherorts besteht die reale Gefahr eines regelrechten Bürgerkriegs und massenhafter Zusammenstöße auf der Straße, die schwere Folgen nach sich ziehen können.

Es ist weit gekommen. Das Schicksal der baltischen Völker ist ernsthaft bedroht. Die Menschen müssen wissen, an welchen

Abgrund die nationalistischen Führer sie drängen. Würden sie ihr Ziel erreichen, wären die Folgen für die Völker katastrophal. Selbst deren Lebensfähigkeit könnte in Frage gestellt werden.

Man muß aber sagen, daß die führenden Repräsentanten dieser Republiken nicht alles zu tun vermochten, um den Prozeß in den normalen Bahnen der Umgestaltung zu halten. Sie haben es nicht geschafft, den negativen Tendenzen Einhalt zu gebieten, die Situation zu bezwingen, die prinzipiellen Positionen zu verteidigen und die Menschen von der Verderblichkeit der Pläne und Praktiken der Oppositionskräfte zu überzeugen. Die richtige Linie, die die Gesellschaft auf internationalistischer Grundlage, auf der Grundlage der Werte der Perestroika, die für die ganze Union und alle Menschen bedeutsam sind, unter maximaler Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten und Erfordernisse konsolidiert, ist auf Hindernisse gestoßen, die noch nicht überwunden sind.

Zugegeben werden muß auch, daß ein Teil der Parteikomitees und -funktionäre vor Schwierigkeiten zurückwich und die Hände sinken ließ. Einige begannen sogar, vor den nationalistischen Stimmungen zu buckeln, und ließen im Wirken gegen die separatistischen Pläne nach.

Das Zentralkomitee der KPdSU wendet sich an die Völker Litauens, Lettlands und Estlands, an alle, denen die Heimat, der Frieden und die nationale Eintracht teuer sind, mit dem dringlichen Appell zu verstehen und zu spüren, wie groß und wie real das drohende Unheil ist und an diesem Wendepunkt in der Geschichte des ganzen Landes Verantwortungsbewußtsein und Klugheit an den Tag zu legen.

Das Zentralkomitee wendet sich an die Arbeiterklasse, an die Bauern, an diejenigen, die die materielle Grundlage des Lebens schaffen und die immer als erste und am meisten unter sozialen und nationalen Erschütterungen leiden: Man muß gemeinsam Wege aus dieser Lage suchen und finden, man darf sich nicht von nationalistischer Hysterie unterkriegen lassen und muß die unbe-

herrschten Elemente bändigen.

Wir haben viele gemeinsame Schwierigkeiten. Das Land und seine Wirtschaft befinden sich in einer komplizierten Lage. Gläuben Sie nicht denjenigen, die versuchen zu beweisen, daß es genügt, die „Zugewanderten zu vertreiben“, daß es genügt, Russen, Ukrainer, Belorussen, Polen, Juden und andere, die zusammen mit Ihnen leben und arbeiten, in eine nichtgleichberechtigte Lage zu bringen sowie „aus der UdSSR auszutreten“, und schon würden Litauer, Letten und Esten üppig und komfortabel leben. Das ist vorsätzliche Lüge! Das ist Betrug.

Jede Republik und jede Region sind durch Tausende wirtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle, wissenschaftlich-technische und einfach menschliche Beziehungen mit anderen Regionen, mit dem ganzen Land verbunden. Was geschieht, wenn diese Beziehungen abrupt zerstört werden? Es liegt klar auf der Hand: Das nutzt niemandem.

Das Zentralkomitee der KPdSU hofft, daß die Arbeiterklasse, die Werktätigen Lettlands, Estlands und Litauens, die ruhmreiche, revolutionäre internationalistische Traditionen des Kampfes um das Glück ihrer und aller Völker unseres großen Landes haben, auch dieses Mal ihr gewichtiges Wort sprechen, die neue Revolution verteidigen und für die Umgestaltung einstehen werden.

Das ZK appelliert an alle Teile der Bevölkerung der Ostseerepubliken, insbesondere an die Kommunisten, „ein Beispiel des guten Willens und des menschlichen Miteinanders zu geben und die Menschen von der Notwendigkeit der Eintracht, der Konsolidierung zu überzeugen.“

Das ZK verweist auf das bevorstehende Plenum des Zentralkomitees, auf dem diese Fragen erörtert werden, und dessen Vorschläge dem obersten Forum der Staatsmacht des Landes – dem Kongreß der Volksdeputierten – vorgelegt werden.

Der Beschluß des ZK endet mit der Feststellung: „Erhalten wir die einheitliche Familie der Sowjetvölker, die Einheit der Reihen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion!“ ■

Polen...

Fortsetzung von Seite 1

tiert von den westlichen Bankiers und durchgeführt zuerst von den Stalinisten, jetzt von Solidarność – bereits den Preis bezahlen. Die Wirtschaft versinkt im Chaos: die Preise schießen in die Höhe und die Läden sind leer, der Schwarzmarkt floriert und die Bewegung der Lebensmittelpreise auf dem „freien Markt“ hat die Preise für Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Käse und Milch verdoppelt und verdreifacht. Verzweiflung hat zu erbitterten Streiks geführt. Tausende von Bergarbeitern haben zwei Zechenkomplexe in Slask besetzt, in einem Streik, der die neue Regierung, so warnt Solidarność, „in die Luft sprengen“ könnte. Tausende von Eisenbahnern streikten in Lodz, der zweitgrößten Stadt, und nahmen die Arbeit erst wieder auf, als Walesa ihre Aktion denunzierte als eine „Provokation, gerichtet gegen den ersten Ministerpräsidenten, der auf Initiative der Solidarność hin gewählt wurde“. Während Walesa die Arbeiter auffordert, sechs Monate lang alle Streiks sein zu lassen, bedeuten die Pläne der neuen Regierung dreistellige Inflation und Massenentlassungen obendrein.

Im Kuhhandel, der zwischen der Kirche und dem polnischen Präsidenten General Jaruzelski ausgeheckt wurde, stellt Solidarność den Ministerpräsidenten und die meisten Kabinettsmitglieder, während die Stalinisten an den Schlüsselposten von Verteidigungs- und Innenministerium festhalten und Polen im Warschauer Pakt bleibt. Für jeden, der auch nur mit dem „A“ vom „ABC“ des Marxismus vertraut ist, macht dies (noch) nicht eine Konterrevolution aus. Die Stalinisten stehen noch an der Spitze von Polizei und Armee, jenen „Formationen bewaffneter Menschen“, die den Kern der Staatsmacht darstellen. Dies ist keine „Koalition“, sondern ein Zustand der Doppelherrschaft auf Regierungsebene. Er könnte sogar eine Weile anhalten, während die einzelnen Teile in parlamentarischen Manövern herumiefern. Aber der stalinistische bürokratische Apparat löst sich auf, während Polen ins wirtschaftliche

Chaos und in politische Anarchie abgleitet.

Die polnische stalinistische Bürokratie hat eine Situation geschaffen, in der es für sie unmöglich ist, weiterhin als eine parasitäre Kaste zu existieren, die zwischen dem Weltkapitalismus und der vergesellschafteten Ökonomie balanciert. Die westlichen Bankiers zu bezahlen heißt, soziale Not in einem Ausmaß zu verordnen, das massive Streiks, Bummelstreiks und den Zusammenbruch der Arbeitsdisziplin garantiert. Hinzu kommt die Aussicht auf einen Volksaufstand. In einem Verzweigungsmanöver haben die höheren Ränge der Bürokratie um Jaruzelski versucht, Walesa & Co. dazu zu bringen, die Verantwortung für die wirtschaftliche Schockbehandlung zu teilen.

Gleichzeitig will eine Reihe hochgestellter Apparatschiks ihr Schäfchen ins Trockene bringen und sich in Privatkapitalisten verwandeln, nachdem sie die vergesellschaftete Wirtschaft in den Sand gesetzt haben. Ein Prototyp hierfür ist der ehemalige Industrieminister Mieczyslaw Wilcez, sowohl ein millionenschwerer Privatunternehmer als auch ein Parteimitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR).

Krise der stalinistischen Herrschaft

Die Ereignisse in Polen spiegeln eine umfassendere Krise des Stalinismus wider. In Ungarn ist die herrschende Partei gespalten, die Mehrheit nennt sich jetzt Sozialdemokraten, und eine Unmenge rechter Oppositionsparteien schießt ins Kraut. Und auch Michail Gorbatschow hält sich nicht allzu weit im Hintergrund. Als PZPR-Chef Mieczyslaw Rakowski versuchte, auf mehr Ministerposten zu bestehen, sagte ihm Walesa, er solle „keine Unruhe stiften“, und ein 40minütiger Telefonanruf von Gorbatschow überbrachte dieselbe Botschaft. Grundsätzlicher noch: die Ereignisse in Polen sind ein logisches Ergebnis der „Reformen“ von Gorbatschows Perestroika. Wir haben gewarnt, daß dieses Programm des „Marktsozialismus“ konterrevolutionäre Elemente ermutigt, und in Polen stehen sie nun an der Schwelle zur Macht. Dies wird direkten Einfluß auf die Lage in der Sowjetunion haben,

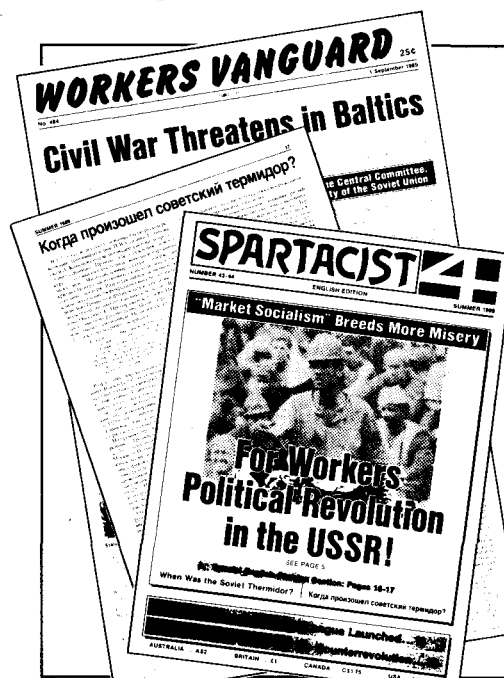
besonders in den Ostseerepubliken, wo sich hinter den Rufen nach „Selbstbestimmung“ die Kräfte der Konterrevolution sammeln.

Eine Konterrevolution in Polen oder im Baltikum wäre nicht irgendein „friedlicher“ oder „evolutionärer“ Prozeß, sondern ein blutiger Pogrom. Denn in dem Maße, wie der polnische katholische Nationalismus die Oberhand gewinnt, treten tödlicher Antikommunismus und Antisemitismus an die Oberfläche. Walesa ist ein unverhüllter Verfechter von Pilsudski, dem faschistoiden Diktator Polens vor dem Krieg; er forderte die parlamentarische Fraktion von Solidarność auf, ihre erste Sitzung mit dem Gesang „Wir, die Erste Brigade“ zu eröffnen, dem Marschlied von Pilsudskis Legionen. Wie tief diese Strömungen gehen, sieht man an Bronislaw Geremek, Walesas Chefberater, in dem viele den eindeutigen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten sahen. Der Londoner Guardian (18. August) bemerkte, daß Geremek „unter Beschuß der römisch-katholischen Rechten geraten ist wegen seiner ehemaligen Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei, und weil er Jude ist.“

Der giftige Antisemitismus von Polens

katholischer Hierarchie ist in der Auseinandersetzung über ein Karmeliterkloster auf dem Gelände des Todeslagers von Auschwitz an den Tag getreten. Vor einigen Jahren, auf Druck von internationalen jüdischen Gruppen, kamen Kirchenvertreter aus Frankreich und Belgien sowie aus Polen überein, das Kloster zu einem Zentrum für christlich-jüdischen Dialog zu verlegen, das in der Nähe gebaut werden sollte. Nachdem letzten Monat eine kleine Gruppe von amerikanischen Juden dagegen protestiert hatte, daß das Kloster immer noch in Auschwitz war, hielt der polnische Kardinal Glemp am 26. August bei der nationalen Wallfahrtsstätte für die Schwarze Madonna von Czestochowa eine Rede, in der er die Juden beschuldigte, sie würden „die Gefühle aller Polen verletzen“. Glemp geiferte über jüdisch kontrollierte Medien, die „Antipolonismus“ verbreiteten, und er schäumte: „Geliebte Juden, spricht nicht mit uns aus der Position einer über alle anderen erhobenen Nation“. Die polnische Hierarchie hat ihr Versprechen gebrochen, das Kloster zu verlegen, doch die beteiligten französischen und belgischen

Fortgesetzt auf Seite 10



ABONNIERT!

Workers Vanguard

14tägige marxistische Zeitung der Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben, einschließlich Spartacist (englische Ausgabe) Luftpost DM 50,- / Seepost DM 15,-

Spartacist

(englische Ausgabe) Nr. 43/44 mit besonderem englisch/russischen Teil: „Wann war der sowjetische Thermidor?“

Einzelpreis: DM 3,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Postgirokonto Frankfurt 119 88-601

Polen...

Fortsetzung von Seite 9

Prälaten betonen nachdrücklich, daß das Abkommen noch in Kraft ist.

Vor 50 Jahren sah Leo Trotzki in seinem grundlegenden Artikel über den „Klassencharakter des Sowjetstaats“ (Oktober 1933), den er als einen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat charakterisierte, eine Entwicklung voraus, die dem, was heute in Polen passiert, bemerkenswert ähnelt. Trotzki bemerkt: „Die Bürokratie ist keine herrschende Klasse. Doch die weitere Entwicklung der bürokratischen Herrschaft kann zum Aufkommen einer neuen herrschenden Klasse führen: nicht auf dem organischen Wege der Degeneration, sondern durch eine Konterrevolution.“ Die Erstreckung der Partei, der Sowjets und der Gewerkschaften atomisiert das Proletariat, wie er zeigt:

„Die erste große soziale Erschütterung von außen oder von innen kann die atomisierte Sowjetgesellschaft in einen Bürgerkrieg stürzen. Die Arbeiter, die die Kontrolle über Staat und Wirtschaft verloren haben, könnten, um sich selbst zu verteidigen, zu Massenstreiks Zuflucht nehmen. Die Disziplin der Diktatur würde gebrochen. Unter dem Druck der Arbeiter und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wären die Trusts gezwungen, das System der Planwirtschaft zu durchbrechen und miteinander zu konkurrieren. Die Erschütterung des Regimes würde natürlich auf dem Lande stürmischen und chaotischen Widerhall finden und unweigerlich auch auf die Armee überspringen. Der sozialistische Staat würde zusammenbrechen; an seine Stelle träte das kapitalistische Regime, genauer gesagt, das kapitalistische Chaos.“

Doch, wie Trotzki ausdrücklich betont, heißt dies nicht, daß die Lage hoffnungslos sei. Tritt die Arbeiterklasse in Aktion, hängt der Stalinsche Apparat in der Luft:

„Einen wirklichen Bürgerkrieg könnte es nicht zwischen der Stalin-Bürokratie und dem sich erhebenden Proletariat, sondern nur zwischen dem Proletariat und den aktiven Kräften der Konterrevolution geben. Im Fall eines Konflikts zwischen zwei Massen-Lagern könnte von einer selbständigen Rolle der Bürokratie gar keine Rede sein. Ihre einander entgegengesetzten Flügel würden auf verschiedenen Seiten der Barrikade zu stehen kommen... Ein Sieg des revolutionären Lagers ist jedenfalls nur unter der Führung einer proletarischen Partei denkbar, die durch den Sieg über die Konterrevolution auf natürliche Weise an die Macht käme.“

Eine Gelegenheit zum Aufbau einer revolutionären proletarischen Partei existiert jetzt in Polen, besonders weil die Arbeiter nicht nur gegen das verachtete stalinistische Regime, sondern auch gegen Walesa & Co. streiken.

Arbeiter streiken gegen Solidarność' Befehle

Die gegenwärtigen Ereignisse in Polen reichen zurück bis zum Ausbruch von Arbeiterstreiks letztes Jahr. Die Stalinisten versuchten, sich einen Ausweg auszuhandeln, und zwar über eine Reihe von Diskussionen am „Runden Tisch“, die zur Legalisierung von Solidarność führten und zur Ansetzung von Wahlen für den 4. Juni. Die Juni-Wahlen be-

scherten den Stalinisten ein totales Debakel.

Am Sonntag, den 20. August besuchten Mazowiecki und Walesa eine prunkvolle feierliche Messe. Walesa mußte einen von der „Kämpfenden Solidarność“ angeführten Protest zum Schweigen bringen, einer Abspaltung, die mit der ultrarechten klerikal-nationalistischen KPN in Verbindung steht. Als Bush im Juli nach Gdansk kam, begrüßte ihn die „Kämpfende Solidarność“ mit Bannern: „Ein guter Kommunist ist ein toter Kommunist“. Die Wirtschaftskrise in Polen hat sich so zugespitzt, daß sie diesen gewalttätigen Antikommunisten Unterstützer in die Arme getrieben hat. Zur gleichen Zeit haben auch die stalinistisch geführten Gewerkschaften mit ihrem Protest gegen die Austeritätspolitik Unterstützer gewonnen, während die Gewerkschaften von Solidarność nur langsam gewachsen sind. Heute haben diese etwa ein Fünftel der Mitgliedschaft im Vergleich zu ihrer besten Zeit 1981.

Die wirtschaftlichen Kalkulationen von Solidarność gehen davon aus, irgendwie vom westlichen Kapitalismus massive Hilfe zu kriegen. Als Bush im Juli Polen besuchte, bat ihn Walesa wiederholt um 10 Milliarden Dollar, die sein Land vor einem „großen, großen Aufruhr“ bewahren sollen. Doch der amerikanische Präsident versprach nur 115 Millionen Dollar, kaum ein Prozent von dem, was Walesa verlangte. Imperialistische Hilfe ist entscheidend für die Pläne von Solidarność: bei all dem Gerede über die Wiedereinführung des Kapitalismus – wie können sie es machen ohne massive Kapitalspritzen? In Polen gibt's niemand, der irgendwie Kapital hat, um Staatseigentum an Industrie aufzukaufen, selbst zu Schleuderpreisen nicht.

Obwohl CDU-Minister Blüm der erste westliche Politiker war, der sich mit dem neugewählten Mazowiecki traf, sind Bonns Offerten für Wirtschaftshilfe an Polen ebenfalls knauserig. Westdeutschland ist bereits Polens westlicher Gläubiger Nr. 1. Außerdem hat zufällig CSU-Finanzminister Waigel die Hand auf dem Geldbeutel. Im Juli, am Vorabend der Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag von Hitlers Überfall auf Polen, wettete er auf dem revanchistischen „Schlesier“-Treffen gegen die Oder-Neisse-Linie und beanspruchte die Grenzen des „Reiches“ von 1937. Solidarność-Führer wie Geremek sind bereit, ihr Land an westdeutsche und amerikanische Banken auszuverkaufen, aber nicht ganz bereit, noch einmal eine deutsche Provinz zu werden.

Dieser Flügel der CDU/CSU bietet sich nicht nur an die faschistoiden „Vertriebenen“ an. Dregger hat es am krassen gesagt, als er erklärte, ein wiedervereinigtes imperialistisches Deutschland würde natürlich über seine Grenzen im Osten „neu verhandeln“! CSUler Czaja will Wirtschaftshilfe davon abhängig machen, daß die kapitalistische Restauration in Polen zu Ende geführt wird, und die Sozialdemokraten wollen D-Mark dazu benutzen, die Räder der Konterrevolution zu schmieren. Es wurde der SPD überlassen, nach Warschau zu reisen, um über „Versöhnung“ zu schwafeln und die schlechte Nachricht über Bonns minimales Angebot an Wirtschaftshilfe mitzuteilen.

Und jetzt muß Solidarność Verantwortung übernehmen für die Wirtschaftspolitik, die ihrer proletarischen Basis Not und Elend bringt. Der Architekt von Solidarność' Wirtschaftsplänen ist der Harvard-Professor Jeffrey Sachs. Er kam zu Ruhm, als er 1985 die bolivianische Regierung beriet, wie sie die



Columbia University Press



Ksiazka i Wiedza



kein Bildnachweis

Von allen Ländern Europas hatte Polen mit die älteste und stärkste Tradition des marxistischen proletarischen Sozialismus. Die SDKPiL, geführt von Luxemburg und Leo Jogiches, vereinte die polnische Arbeiteravantgarde mit der linken Intelligenz. Anfang der 20er Jahre hatte die KP unter Führung der „drei W“ – Adolf Warski, Henryk Walecki, Wera Kostrzewa (oben, von links) – eine stärkere Basis in der Arbeiterklasse als die Sozialdemokraten Pilsudskis. Ende der 20er Jahre führten die Kommunisten den Widerstand gegen die faschistoide Diktatur Pilsudskis (unten: Miliz und Sozialdemokraten greifen 1928 kommunistische Mai-Demonstration an). Die Zerstörung des polnischen Kommunismus begann mit dem weißen Terror Pilsudskis, wurde durch Stalins Säuberungen weitergetrieben (1938 wurde die polnische KP aufgelöst) und von Hitler fortgesetzt



Kurt Desch

Hyperinflation überwinden sollte: zwei Drittel der Arbeiter in den Zinnbergwerken zu feuern, den wichtigsten Teil des bolivianischen Proletariats. Dieses Programm könnte Dynamit sein, wenn man es in Polen durchzusetzen versucht, in einem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat, wo Kapitalismus abgeschafft wurde und Arbeiterinteressen an erster Stelle stehen sollen.

Solidarność-Führer haben jetzt ausdrücklich erklärt, daß es ihr Ziel ist, in Polen wieder Kapitalismus einzuführen. Dies schafft objektiv die Grundlage dafür, daß Verteidiger des sozialistischen Eigentums versuchen, mit der proletarischen Basis von Solidarność eine Einheit in einer wirklichen Klassenopposition herzustellen. Eine solche Opposition muß sich gegen die stalinistischen Bürokraten richten und die ehemaligen Führer von Solidarność, die danach streben, eine Neobourgeoisie auf dem Rücken der Arbeiter zu bilden. Aber wie Lenin bemerkte: Politik ist konzentrierte Ökonomik; und ohne die Schmiedung einer authentischen marxistischen Partei – hier besitzt Polen eine reiche Tradition – werden militante Arbeiterkämpfe nicht sehr weit führen.

Schmiedet eine bolschewistische Partei!

Die Bildung einer Regierung in Polen unter Führung von Solidarność hat die siegesichere Stimmung in westlichen herrschenden Kreisen gesteigert, das Ende des Kommunismus sei gekommen. Dieses triumphierende „Der Westen hat den Kalten Krieg gewonnen“ beruht auf zwei verhängnisvollen Illusionen: daß sich die Menschen in Osteuropa, in der Sowjetunion und in China danach sehnen, ihre Gesellschaften im Sinne des Kapitalismus der „freien Welt“ zu verwandeln; und daß unter Gorbatschow die sowjetische Regierung eine Restauration des Kapitalismus in Osteuropa nicht verhindern will oder nicht verhindern kann.

Aber viele der sozialen Kämpfe, die im letzten Jahr die kommunistische Welt erschüttert haben, sind nicht für, sondern gegen die Bemühungen der stalinistischen Bürokraten gerichtet gewesen, Elemente des Kapitalismus in die vergesellschaftete Wirtschaft einzuführen. Die Massenstreiks der Bergarbeiter in Sibirien und der Ukraine im Juli richteten sich gegen die Auswirkungen von Gorbatschows marktorientierter Perestroika. Der gewaltige Aufruhr in China wurde angeheizt durch den Groll der arbeitenden

Bevölkerung gegen die krasse Korruption und Ungleichheit, die Dengs Politik, den „Sozialismus mit kapitalistischen Methoden aufzubauen“, hervorruft. Sogar in Polen streiken die Arbeiter jetzt gegen die vom IWF diktierte wirtschaftliche Schockbehandlung, die von der Solidarność-Regierung durchgeführt wird.

Imperialistische Ideologen im Westen bilden sich ein, die Massen in sogenannten kommunistischen Ländern würden sich nach dem Kapitalismus sehnen, gleichzeitig haben sie sich eingeredet, die sowjetische Regierung sei ein „Papiertiger“ geworden, der seine seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende Einflusssphäre in Osteuropa nicht mehr schützen werde. In Washington spricht man davon, das Abkommen von Jalta 1945 sei null und nichtig geworden, und Osteuropa sei zur Neuaufteilung freigegeben. Pläne werden zur Debatte gestellt, Polen und unabhängige baltische Republiken in den IWF aufzunehmen. Doch wenn die sich entwickelnde Konterrevolution die Sowjets an ihren lebenswichtigen Westgrenzen gefährdet und die multinationale Sowjetunion auseinanderzusprennen droht, dann bleibt Moskau kaum etwas anderes übrig, als militärisch zu antworten. So hat Gorbatschows Beschwichtigung des Imperialismus ganz und gar nicht den Kalten Krieg entspannt oder beendet, sondern die Gefahr des Dritten Weltkriegs erhöht.

Die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa würde keine neue Weltordnung auf der Basis „liberaler Demokratie“ mit sich bringen; es würde blutige Konterrevolution, nationalistische Pogrome und Kriege bedeuten, die zum nuklearen Holocaust führen könnten. Die Kämpfe, die sich jetzt in Osteuropa abzeichnen, werden nicht nur über die nahe Zukunft dieser Region entscheiden, sondern möglicherweise über das Schicksal der Menschheit. Der Bankrott und die innere Demoralisierung des Stalinismus haben die Weichen gestellt für kapitalistische Restauration. Aber sie eröffnen auch die Möglichkeit für proletarische politische Revolution und die Errichtung von Arbeiter-(Sowjet-)demokratie. Damit die Arbeiterklasse von Osteuropa und der Sowjetunion den Sieg davonträgt, sowohl über die parasitären stalinistischen Bürokratien als auch über die konterrevolutionären Nationalisten, ist die Führung einer wirklich kommunistischen Partei notwendig, nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki.

Übersetzt nach Workers Vanguard
Nr. 484, 1. September



Kupferbergarbeiter in Slask (früher Schlesien) streikten im Mai gegen die wirtschaftliche Schockbehandlung, die vom IWF diktiert und von der bankrotten stalinistischen Bürokratie und von Solidarność durchgeführt wird

Buonarroti...

Fortsetzung von Seite 4

oder indirekt, mehr oder weniger unter Buonarrotis Einfluß, einige waren sogar von ihm rekrutiert. In Belgien wurde Lucien Jottrand, Vorsitzender der Demokratischen Gesellschaft, deren stellvertretender Vorsitzender Marx war, von Buonarroti rekrutiert. In England war zu dieser Zeit Harney einer der wesentlichen Mitarbeiter von Marx, Führer der linken Chartisten, an zweiter Stelle nach O'Brien, dem hervorragenden Führer der Chartisten, der sich auf den Babouvismus berief und die *Verschwörung der Gleichen* von Buonarroti ins Englische übersetzt hatte und der im übrigen mit ihm bis an sein Lebensende Briefe austauschte. Der deutsche Begründer des Bundes der Geächteten war ebenfalls mit Buonarroti verbunden. Dieser Bund, der sich zum Bund der Gerechten umorganisiert hatte, wird später den Bund der Kommunisten ins Leben rufen, der als Parole aufgreift: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, und dem Marx und Engels 1847 beitreten werden. Marx hatte übrigens *Verschwörung der Gleichen* von Buonarroti gelesen. Er schlug vor, daß er es selbst übersetzt.

Nach 1830, mit der Entwicklung des Chartismus (in England) und auch mit der Juli-Revolution in Frankreich, wird Buonarroti die entstehende europäische Arbeiterbewegung prägen. Er beeinflußt in unterschiedlichem Maße eine ganze neue Generation von Revolutionären, Blanqui und alle diejenigen, die revolutionäre Führer dieser ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sein werden.

Buonarroti wird gesehen als – und ist dies auch – eine lebendige und aktive Verbindung zwischen einer vergangenen Revolution, der Französischen Revolution, und einer künftigen Revolution, der kommunistischen, deren Kader dabei sind, sich zu stählen und herauszubilden. Der unablässige und unversöhnliche Kampf von Buonarroti für die Sache des Kommunismus, genau wie das Märtyrertum von Babeuf, ist keineswegs vergeblich gewesen. Ihre Verschwörung, aus dem Herzen der Französischen Revolution, ist auch der Ursprung der ganzen zeitgenössischen revolutionären, kommunistischen, trotzkistischen Bewegung. ■

DDR-Aussteiger

Fortsetzung von Seite 12

aber sie sind noch in der deutlichen Minderheit.

Kurz vor dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, dem 7. Oktober, fühlen sich ihre Führer isoliert und bedroht. Die Berliner Mauer, die als bürokratische defensive Maßnahme errichtet wurde, um den damaligen Exodus von Facharbeitern zu stoppen, erfüllt ihren Zweck nicht mehr. Das stalinistische Programm der Sozialistischen Einheitspartei, eine „sozialistische Nation“ in einem halben Land aufzubauen, hat immer weniger Bezug zur Realität. Und bei der schweren Krankheit des 77jährigen DDR-Führers, ohne Nachfolger in Sicht, kommt zur sozialen Krise eine Führungskrise hinzu. Aber ihre Politik, mit dem westlichen Imperialismus „friedliche Koexistenz“ zu suchen und den Bonner Revanchisten in Sachen deutscher Nationalismus Konkurrenz zu machen, ermutigt konterrevolutionäre Kräfte. Die Bundesrepublik will das „andere Deutschland“ unterwerfen und, als Teil ihres Drangs nach Osten, schließlich schlucken. Wir Trotzkiten verteidigen die DDR bedingungslos gegen Konterrevolution von innen oder von außen.

DDR: Konsum statt Kommunismus

Die Zehntausende, die in den Westen gegangen sind, stellen für Ostdeutschlands Wirtschaft eine ernste Bedrohung dar. Der Schriftsteller Stefan Heym, ein loyaler Kritiker des Ostberliner Regimes, sagt, es sei ein „Phänomen, das droht, die DDR zu vernichten“ (*Der Spiegel*, 14. August). Die Auswanderer sind größtenteils jung, sehr gut ausgebildet und reißen jetzt schon empfindliche Löcher in solchen Bereichen wie Krankenhäusern, Schulen und Facharbeiterberufen.

Dies kommt zum ohnehin vorhandenen Arbeitskräftemangel in Ostdeutschland hinzu, trotz der über 100 000 vietnamesischen und afrikanischen Arbeiter sowie der Zehntausenden von Polen.

Um den Deckel draufzuhalten, hat das ostdeutsche Regime eine Konsumhaltung westlicher Machart eifrig gefördert, komplett mit „Sommerschlußverkauf“, bei dem alles angeboten wird von Küchengeräten bis zur Stereoanlage (zu hohen Preisen, um überschüssige Mark aufzusaugen). Der Massenabgang liegt auch nicht an verschärfter Repression. Die Vopos sind so willkürlich, wie preußische Polizeibeamte es nur sein können, und der Stasi hat vor kurzem in Leipzig Demonstrationen von „Demokratie“-Dissidenten und Mächtigen-Auswanderern mit seiner üblichen Effizienz aufgelöst. Doch wenn überhaupt, dann ist es „lockerer geworden durch die ganzen Westreisen, die jetzt gestattet werden“ (*taz*, 21. August), wie der ex-ostdeutsche Protestsänger Wolf Biermann sagte. Bis 1963 war in der DDR der Twist als Beispiel westlicher Dekadenz verboten, aber diesen Sommer war *Dirty Dancing* der Filmhit. Die offiziellen DDR-Medien sind zum Gähnen langweilig. In den 50er Jahren gab es „Unternehmen Ochsenkopf“: FDJler kletterten auf Dächer und drehten die Fernsehantennen so, daß man kein Westfernsehen empfangen konnte. Jetzt ist Dresden verkabelt, so daß man in der einzigen ostdeutschen Großstadt, wo man kein Fernsehen von „drüben“ kriegen konnte, klaren Empfang hat. Als Ventil gedacht, erwies sich dies als Bumerang, als das Westfernsehen zur Massen-„flucht“ anstiftete.

Man hält die alles durchdringende Bürokratie für „verankert in Beton“. Die zentralisierten Kombinate sind zwar relativ erfolgreich, doch es gibt endlosen Ärger mit bürokratischen Pannen und kein Heilmittel dagegen. Aus Knappheit an Sauerstoff-Vorräten können Ärzte nicht operieren. Ein halbwegs anständiges Auto baut Ostdeutschland jetzt, den neuen Wartburg, doch einen anständigen Motor kann es immer noch nicht bauen. Und dann kann man nirgendwo damit hinfahren. Eine Hauptbeschwerde der Jugendlichen, die es in den Westen treibt, ist schiere Langeweile. Selbst die FDJ-Zeitung *Junge Welt* stellte verbittert die Frage: Wie machen wir Ostdeutschland „zu einer Heimat, ... von der man sich nicht allein durch Schaufenster voller Bananen oder auch Hochglanz-Reise Prospekte weglocken läßt?“ (zitiert in der *Wahrheit*, 14. September).

Aber die Entfremdung vieler ostdeutscher Jugendlicher kann nicht einfach überwunden werden durch mehr und bessere Konsumgüter und größere Freiheit für eine Jugendkultur nach westlichem Muster in der DDR. Die stalinistische Bürokratie kann junge deutsche Arbeiter und Intellektuelle aber auch nicht für den sozialistischen Idealismus begeistern, der ihre Vorfahren bewegt hat, von Karl Marx' Kommunistischem Bund bis hin zu den Kämpfern der Kommunistischen Partei in der Weimarer Republik. Honecker & Co. bieten ostdeutschen Jugendlichen nichts an außer der Verteidigung des Nachkriegs-Status-quo gegenüber dem westlichen Imperialismus. Eine authentisch kommunistische, internationalistische Vision der Zukunft würde viele der unzufriedenen ostdeutschen Jugendlichen gewinnen können.

Für revolutionäre Wiedervereinigung!

Bei der Arbeitsteilung des westdeutschen Imperialismus fällt der SPD die besondere Aufgabe zu, eine konterrevolutionäre politische Mobilisierung in der DDR vorzunehmen. Wie wir in „*Marktsozialismus in Osteuropa*“ (*Spartakist*-Broschüre, Juli 1989) schrieben:

„In den letzten Jahren ist der Brandt-Flügel in der SPD, zusammen mit seinen grünen Sympathisanten, der hauptsächlichste Ausdruck des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus in pseudolinken und pazifistischen Farben gewesen. Die Parole eines neutralen, entmilitarisierten und wiedervereinigten Deutschlands – unabhängig sowohl von Washington als auch von Moskau – ist ein kaum verschleierter Aufruf zur ‚demokratischen‘ Konterrevolution in Ostdeutschland.“

Die SED und ihre westdeutschen Konsorten behaupteten, die „gemeinsame Erklärung“

Am 29. August demonstrieren 300 Leute auf dem ehemaligen KZ-Gelände Neuengamme gegen die vom Hamburger Senat angekündigte Abschiebung von mehr als 1000 Roma. Damit begann die Besetzung des Geländes (inzwischen sind es ca. 400 Cinti und Roma, die dort in Zelten leben). Banner der Rom und Cinti Union:



„Opfer werden betrauert ... die Überlebenden werden vertrieben. Schluß mit Vertreibung – Recht auf Niederlassung“. Die Plakate der Trotzkitischen Liga, u. a.: „Verhindert die Abschiebung der Cinti und Roma durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!“, „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“, „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“ (beide auf deutsch und serbokroatisch), „Arbeiterrevolution wird Opfer des Holocaust rächen!“

Seit 1945 warten die Cinti und Roma vergeblich auf Entschädigung, die nach dem Massentod der Nazis das wenigste wäre, was sie zu

erhalten hätten. Die kaltschnäuzige Politik des SPD-dominierten Hamburger Senats, nach dem Kölner Modell, ist die Politik von Hitlers Erben. Die organisierte Arbeiterbewegung mit ihrem strategischen Anteil an Immigranten hat die soziale Macht, gemeinsam mit den Immigrantenorganisationen dem rassistischen Terror ein Ende zu bereiten. Diese Macht muß mobilisiert werden, um die demokratischen Rechte und das Leben aller Unterdrückten zu verteidigen, und um die wachsende faschistische Gefahr zu zerschlagen.

von SPD/SED (August 1987) hieß „Frieden in unserer Zeit“. Die SPD-Spitzen sehen jedoch in der Flut von ostdeutschen Emigranten eine große Chance zum politischen Durchbruch in der DDR. Aber sie haben es so doll getrieben, daß Ostberlin letzte Woche eine hochkarätige Delegation von MdBs eingeladen hat. Jetzt richtet die SPD ihre Aufmerksamkeit auf eine neue Ernte ostdeutscher Dissidenten aus dem Umkreis der evangelischen Kirche (Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Demokratie jetzt).

Wie lange noch wird die mächtige ostdeutsche Arbeiterklasse ruhig bleiben? *Le Monde* (14. September) zitiert einen hochrangigen sowjetischen Funktionär, der sagte, die DDR sei „am Vorabend großer Veränderungen, fast einer vorrevolutionären Situation“. Und Berichten zufolge meinte Walentin Falin, ehemaliger sowjetischer Botschafter in Westdeutschland, der Kreml erwarte in der DDR bis zum nächsten Frühjahr „Massendemonstrationen, die schwer zu kontrollieren sein würden“. Viele bürgerliche Kommentatoren und kleinbürgerliche Linke halten dies für unmöglich und sprechen von der historischen „Fügsamkeit“ der deutschen Arbeiterklasse, die angeblich dem Kaiser gehorchte, dann Hitler und danach den Stalinisten. Aber in Wirklichkeit ist das deutsche Proletariat das stärkste und klassenbewußteste in Europa gewesen, und es hat heroische Schlachten geschlagen, wenn es die Gelegenheit hatte.

Deutschlands Lage im Herzen Europas ist ein wesentlicher Faktor bei seiner gegenwärtigen (und vergangenen) Teilung. Es ist deshalb der natürliche Schauplatz für einen kontinentalen Krieg, aber auch das deutsche Proletariat ist deshalb in einer strategischen Position. 1953 waren es die ostdeutschen Arbeiter, die sich als erste in Osteuropa gegen die stalinistische bürokratische Herrschaft auf-

lehnten. Damals war das Hardliner-Regime von Ulbricht über Kreuz mit dem Tauwetter in Moskau nach Stalins Tod. Streiks, Demonstrationen und Arbeiterversammlungen fingen am 16. Juni bei den Bauarbeitern in der Stalinallee an und breiteten sich in ganz Ostdeutschland aus. Die Bürokratie war paralysiert und polarisiert, ein Teil der unteren und mittleren Parteikader ging auf die Seite des Arbeiteraufstands über. Ulbricht wurde nur durch sowjetische Panzer gerettet. Heute gibt es wieder Spannungen zwischen Ostberlin und Moskau. Und wenn nun Bergarbeiter in Sibirien und Slask (früher Schlesien) gegen die Verwüstungen streiken, die die „Reformen“ mit sich bringen, können die ostdeutschen Arbeiter mit ihren Klassengenossen gemeinsame Sache machen.

Die revolutionäre Einheit der deutschen und sowjetischen Arbeiter ist unerlässlich für den Sieg der proletarisch-politischen Revolution, die die stalinistische Bürokratie in der DDR und im ganzen Sowjetblock stürzt und die Herrschaft von Arbeitersowjets errichtet. Kehrt zurück zum Weg von Lenin und Trotzki! Wesentlich ist es, eine internationalistische bolschewistische Führung zu schmieden, die auch die Arbeiter im imperialistischen Westen zur sozialistischen Revolution gegen den Kapitalismus führen kann. Die Stalinisten, die alle Hoffnung auf eine soziale Revolution im Westen aufgegeben haben, händigen im klassenmäßig geteilten Deutschland die nationale Frage den Faschisten aus. Heute sind sowohl Gorbatschows marktorientierte „Reformen“ als auch das rigide DDR-Regime in der Krise, und das internationalistische Programm des Trotzkiismus sticht scharf hervor, im Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. ■



Abonniert jetzt!

Spartakist-Abo-Kampagne
3. Oktober bis 7. November

Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe), theoretisches und dokumentarisches Organ der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Extra (3.10.–7.11.) für volles Abo:
„*Marktsozialismus in Osteuropa*“ *Spartakist*-Broschüre (40 Seiten), marxistische Analyse der Auswirkungen von Perestroika auf Osteuropa und die Sowjetunion.

Name	Straße
PLZ	Ort/Land
Tel.:	
Volles Abo (8 Ausgaben) <input type="checkbox"/> DM 10,- <input type="checkbox"/> Ausland DM 15,- <input type="checkbox"/> Übersee Luftpost DM 30,- <input type="checkbox"/> Einführungsabo (3 Ausgaben) DM 4,- <input type="checkbox"/> „Marktsozialismus“-Broschüre DM 2,- Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Postgirokonto Ffm 11988-601	

SPARTAKIST

Verteidigt DDR und Sowjetunion!

Nationalistische Raserei über DDR-Aussteiger

Der größte Massenabgang aus Ostdeutschland seit dem Mauerbau 1961 hat zwischen dem kapitalistischen Westdeutschland und dem ostdeutschen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat eine scharfe Konfrontation ausgelöst. Seit Ungarn Anfang September seine Grenze zu Österreich für Ostdeutsche auf dem Weg in den Westen geöffnet hat, sind bis heute über diese Route insgesamt über 18 000 gekommen. Außerdem sind 1989 bisher über 50 000 DDR-Bürger auf legale Weise nach Westdeutschland ausgereist. Die westdeutschen Medien schwelgen im Antikommunismus beim Aufpeitschen der „Massenflucht“-Psychose. Ostdeutsche sagen, die bombastischen Live-Berichte im westdeutschen Fernsehen klängen wie „eine Siegesmeldung im Krieg“.

Außer den erwarteten über 100 000 Ostdeutschen holt die Bundesrepublik dieses Jahr eine halbe Million „Volksdeutsche“ aus Sowjetunion, Polen, Rumänien usw. Der gleiche imperialistische Staat, der türkische „Gastarbeiter“ zu Zehntausenden rausgeschmissen hat, führt jetzt eine Kampagne, seine Arbeiterschaft zu „arisieren“ nach der Devise: „Ausländer raus, Volksdeutsche rein, und deutsche Frauen sollen gebären“.

Diejenigen, die durch die Propaganda-Bombardierung zur „Flucht“ in den Westen verleitet werden, finden die Erfahrung nicht immer angenehm. Gegenwärtig benutzen die Bosse den Zustrom Zehntausender von Facharbeitern, um die Lohnforderungen der westdeutschen Gewerkschaften in den kommenden Verhandlungen zu drücken. Auch passen sich viele, die eine niedrige Miete, einen sicheren Arbeitsplatz und kostenlose medizinische Versorgung gewöhnt sind, einfach nicht in die konkurrenz-orientierte „Ellbogengesellschaft“ des kapitalistischen Westdeutschlands hinein. Nach Schätzungen sind 20 Prozent aller Obdachlosen ehemalige DDR-„Flüchtlinge“. Mittlerweile wachsen gegen sie chauvinistische Ressentiments beim westdeutschen Spießbürger, der darauf aus ist, seinen Lebensstandard zu verteidigen.

Als Ostberlin den „Menschenhandel“ des Westens denunzierte, schrie Bonn „Foul“. Aber am nächsten Tag wurde ein Bankkredit an Ungarn über 500 Millionen DM angekündigt, gedeckt durch eine Bürgschaft der westdeutschen Regierung. Der erste „Ausbruch“ am 19. August wurde von der ultrarechten

DDR-Aussteiger



Von rechts bis „links“: antikommunistische Siegesmeldungen

Panuropa-Union des Grafen Otto von Habsburg organisiert. Da war nichts „Spontanes“ dran – in Wien stand ein Sonderzug bereit, der die „Flüchtlinge“ zu Lagern in Westdeutschland brachte. Und der „Exodus“ vom 10. September war minutiös vorbereitet: der ADAC richtete Benzin-Depots an der österreichischen Autobahn ein, mit der richtigen Benzin-Mischung für den „Trabant“. Die bürgerliche Presse (genau wie die „linke taz“) sagte das „Verschwinden“ Ostdeutschlands voraus und höhnte, der letzte, der aus der DDR rausginge (natürlich Erich Honecker), müßte das Licht ausmachen.

Um den Sinn für Proportionen zu wahren: sogar der konservative Londoner *Economist* (16. September) bemerkte, die Gesamtzahl der Ostdeutschen, die dieses Jahr wahrscheinlich nach Westdeutschland umziehen, „ist proportional kleiner als die Zahl derer,

die letztes Jahr die Republik Irland verließen. Niemand nimmt an, daß Irland zusammenbricht.“ Von insgesamt 17 Millionen DDR-Bürgern besuchten 1,8 Millionen letztes Jahr den Westen – 3,3 Millionen Besuche in Westdeutschland und Westberlin. Mit Ausnahme von 40 000 kehrten sie alle zurück. Der Lebensstandard in der DDR ist der weitaus höchste im Sowjetblock, und er ist gewiß höher als in Britannien oder Italien (tatsächlich bewerben sich jetzt arbeitslose italienische Arbeiter in der DDR).

Also warum hauen sie ab, diese „Aussteiger“ aus einer materiell komfortablen Gesellschaft, in der niemand gewinnt? Im großen und ganzen sind es nicht nur wirtschaftliche Gründe: Viele wissen über das Westfersehen von den Massen der Arbeitslosen in Westdeutschland (offiziell fast 2 Millionen). Obwohl die Emigranten nicht besonders politisch sind, war das Gefühl verbreitet, daß es in absehbarer Zeit keine „Öffnung“ in Ostdeutschland geben werde. Gorbatschows Glasnost ist in Honeckers Vopo-Staat verboten, und die Hardliner-Stalinsten an der Spitze der DDR beklatschten als eine der wenigen Regierungen in der Welt Dengs blutiges Massaker in Beijing. Und jetzt gab es da durch die Öffnung der ungarischen Grenze eine Gelegenheit, und „Torschlußpanik“ kam dazu. Aber statt zum Ausbluten könnte der Druck, der sich im Dampfkessel DDR aufbaut, eher zu einer Explosion führen.

Im Gegensatz zu den Erwartungen von *Spiegel* u. a. muß dieser Ausbruch überhaupt nicht konterrevolutionär sein. Auch nach mehr als 40 Jahren hat die stalinistische Mißwirtschaft das zutiefst egalitäre Bewußtsein in der DDR nicht ausgelöscht. Die *International Herald Tribune* (15. September) berichtete, daß viele von den jungen, gut ausgebildeten Ostdeutschen auf Besuch in Budapest, die aufs Geratewohl befragt wurden, die Meinung eines 27jährigen Chemie-Ingenieurs teilten: „Wir werden so erzogen, daß wir denken, Sozialismus macht alle gleich. Hier in

Ungarn sehe ich, daß die Leute nicht gleich sind. Hier, denke ich, hängt es vom Geld ab.“ Die sozialen Grundlagen des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats wurden gelegt, als die Rote Armee das faschistische Dritte Reich zerschlug. Als Ergebnis davon war die soziale Umwälzung in Ostdeutschland gründlicher als in Ungarn oder Polen.

Bonns Drang nach Osten

Die chauvinistische Hysterie im Westen über die ostdeutschen Emigranten, die von CDU/CSU bis zu SPD und Grünen reicht, spiegelt den bedrohlichen Aufstieg des deutschen Nationalismus wider. Bonn beansprucht für „ethnische Deutsche“ im ganzen Sowjetblock eine „Obhutspflicht“ – egal ob sie kein Wort Deutsch sprechen, solange sie keine Juden sind. (In zahlreichen Fällen wurden die Anträge von „Volksdeutschen“ auf deutsche Staatsangehörigkeit abgelehnt, weil sie Juden waren.) Dies erinnert auf üble Weise an Hitlers „Schutz“ für die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei 1938. Ähnlich wurde in Westdeutschland Hitlers Überfall auf Polen vor 50 Jahren „gedacht“: der rechte Flügel in Bonn bekräftigte den Anspruch der Bundesrepublik auf „das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937“. Kein Wunder, daß die Polen nervös wurden: Sogar Solidarność – jahrelang vom DGB in D-Mark (und vom CIA in Dollar) besodet – wurde es ungemütlich. Für US-Präsident Bush mag die Perspektive einer kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands ein Faszinosum sein, aber seine europäischen Verbündeten, die kein so kurzes Gedächtnis in bezug auf das letzte Reich haben, läßt der Gedanke erschauern.

Die Imperialisten benutzen die DDR-Emigranten als Keil, um Widersprüche zwischen den osteuropäischen Bürokratien auszuschlachten und damit den Warschauer Pakt auseinanderzubrechen. Die Bedeutung des aggressiven Akts von Budapest, sein Abkommen mit der DDR zu kündigen, wurde deutlich, als der ungarische Parlamentspräsident davon sprach, aus dem Warschauer Pakt auszutreten und neutral zu werden, wie Finnland oder Österreich (*Washington Post*, 19. September). Gleichzeitig kündigte Washington an, daß Ungarn eine „Meistbegünstigungsklausel“ eingeräumt werde. In Warschau, mit einem katholischen Ministerpräsidenten an der Spitze der neuen Regierung, der offen den Kapitalismus wieder einzuführen gelobt, hat Bonn zu verstehen gegeben, daß künftige D-Mark-Investitionen in die zerrüttete polnische Wirtschaft davon abhängen, daß Ostdeutsche, die die westdeutsche Botschaft besetzen, ausgeflogen werden.

Die Krise in Ostdeutschland spiegelt vor allem die Entwicklung in der Sowjetunion wider. Bisher versuchten die ostdeutschen Stalinisten, jedem Zickzack in der Politik des Kreml zu folgen, und das aus gutem Grund. Angesichts des ökonomisch weit stärkeren Westdeutschlands brauchten sie die militärische Rückendeckung durch UdSSR und Warschauer Pakt. Aber mit ihrem relativen wirtschaftlichen Erfolg durch zentralisierte Planung hat die DDR wenig Grund, Moskau marktorientierten Perestroika-Reformen zu folgen. (Mitte der 60er Jahre versuchten sie es mit „Dezentralisierung“ und gaben sie als untauglich auf.) Und Jürgen Kuczynski, der angesehene Historiker, und der ehemalige Spionage-Chef Markus Wolf wollen Gorbatschows „Glasnost“ vielleicht folgen.

Fortgesetzt auf Seite 11



Ostdeutscher Arbeiteraufstand 1953: Hennigsdorfer Arbeiter marschieren durch den Wedding nach Ostberlin, appellieren an die Klassen-solidarität der Westberliner Arbeiter

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!